



ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2022

Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



IMPRESSUM

Herausgeber_innen

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin),
Gleimstraße 31, 10437 Berlin,
Telefon: 030 / 817 98 58 18,
presse@report-antisemitism.de

Berlin, 1. Auflage 2023

ISSN 2569-8222

V.i.S.d.P. Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)

Konzept, Redaktion Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Layout und Grafik gegenfeuer.net

Lektorat Frank Engster

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben beim VDK e. V. bzw. auf den Seiten 17, 19, 21, 25, 27, 28, 46, 49–53, 57, 59, 61–62 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

RIAS Berlin ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2023 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen und Hinweise in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber_innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt die Herausgeber_innen keinen Einfluss haben. Deshalb kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernommen werden. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweilige_n Anbieter_innen oder Betreiber_innen der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der VDK e. V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Titelseite Der Buchstabe des hebräischen Alphabets כ „Khaf“ hat im alphanumerischen Code Gematria einen Zahlenwert von 11. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligraphie und funktionaler Typographie.

INHALT

4	Einleitung
8	Im Überblick: Zentrale Entwicklungen 2022
12	Antisemitische Vorfälle in Berlin 2022
30	Die Statistik auf einen Blick
38	Analysen
39	Antisemitische Vorfälle im Internet 2022
44	Post-Schoa-Antisemitismus in Berlin 2022
50	Angriffe auf das Gedenken
54	Beispiele
64	Anhang: Begrifflicher Rahmen und Kategorien

EINLEITUNG

Der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) sind seit ihrer Gründung im Januar 2015 und insbesondere seit der Bereitstellung der Online-Meldemöglichkeit unter www.report-antisemitism.de im Juli desselben Jahres über 6.000 strafbare und nicht-strafbare antisemitische Vorfälle in der Bundeshauptstadt bekannt geworden. Ausgangspunkt für das Projekt war eine qualitative, nicht-repräsentative Befragung Berliner Jüdinnen_Juden zu ihren Erfahrungen und Umgangsweisen mit Antisemitismus, die im Sommer 2014 durchgeführt worden war. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse wurde später von RIAS Berlin unter dem Titel → „Wir stehen alleine da“¹ veröffentlicht. Die Befragten hatten nämlich durchgehend zu verstehen gegeben, dass sie in vielen Situationen keine Unterstützung erfahren haben, aber selbst auch gar nicht wüssten, wo sie professionelle Unterstützung bekommen könnten.

Neben der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle ist es für RIAS Berlin daher wichtig, diese Situation, in der sich Betroffene von Antisemitismus allein fühlen, zu verbessern. Hierzu gehört nicht nur die Annahme der Meldungen, sondern auch eine Parteilichkeit mit den Betroffenen, sowie der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft diese Erfahrungen sichtbar zu machen. Die enge Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde in Berlin, aber auch mit vielen weiteren in Berlin ansässigen jüdischen Organisationen und Initiativen, ist neben der mehrsprachigen Ansprache entscheidend für das gewachsene Vertrauen der Community in die Arbeit des Projekts.

Von großer Bedeutung für die erfolgreiche Etablierung des Projektansatzes war zudem, dass der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK e.V.) schon vor Beginn des Projekts innerhalb der Berliner Zivilgesellschaft einen Verständigungsprozess über den gemeinsamen inhaltlichen Referenzrahmen durchgeführt hatte. Die Grundlage für diese Verständigung bildete die Arbeitsdefinition Antisemitismus der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC).² Mit Projektbeginn lag damit eine für den deutschen Kontext und für die zivilgesellschaftliche Arbeit operationalisierte Fassung der Arbeitsdefinition Antisemitismus vor, die im Mai 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance angenommen wurde.

Zwischen 2017 und 2020 dokumentierte das Projekt antisemitische Vorfälle in Berlin unter relativ konstanten Bedingungen – hierzu gehörte auch die Berücksichtigung antisemitischer Straftaten, die der Kriminalpolizeiliche Meldedienst des Berliner Landeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität erfasste und die jeweils

1 Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V./Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin: „Wir stehen alleine da.“ #EveryDayAntisemitism sichtbar machen und Solidarität stärken. Neue Wege der Erfassung antisemitischer Vorfälle – Unterstützungsangebote für die Betroffenen, online einsehbar unter https://report-antisemitism.de/documents/2016-07-18_rias-be_Broschuere_Wir-stehen-alleine-da.pdf [zuletzt eingesehen am 31.03.2022].

2 Seit 2007 wurde die EUMC durch die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) ersetzt.

zwischen 20 und 24 % der Gesamtzahlen ausmachten. Seit 2021 werden dem Projekt diese Daten nicht mehr zur Verfügung gestellt (siehe hierzu Datengrundlage).

Von 2017 bis einschließlich 2022 dokumentierte das Projekt insgesamt 5.845 antisemitische Vorfälle in Berlin. Darunter sind 3 Fälle extremer Gewalt, 157 Angriffe, 240 gezielte Sachbeschädigungen und 237 Bedrohungen. Von 2017 bis 2022 hat das Projekt 1.758 von antisemitischen Vorfällen betroffene Einzelpersonen gezählt.³ Von den Betroffenen waren 67 % jüdisch/israelisch oder als solche adressiert.

Bezogen auf den Zeitraum von 2015–2022 lassen sich drei zentrale Ergebnisse festhalten.

1. Die Anzahl dem Projekt bekannt gewordener antisemitischer Vorfälle in Berlin nimmt nicht kontinuierlich zu. 2017 erfasste RIAS Berlin insgesamt 955 antisemitische Vorfälle. Die Zahl stieg im Jahr 2018 auf 1.085 Vorfälle an und sank 2019 wieder auf 881 Vorfälle. 2020 stieg sie dann auf 1.004 Vorfälle, stieg 2021 weiter auf 1.052 Vorfälle und sank 2022 wieder auf 848 antisemitische Vorfälle. Die Zahlen zeigen, dass antisemitische Vorfälle, bei allen Schwankungen, kontinuierlich hoch sind. Im Schnitt kommt es zu zwei bis drei antisemitischen Vorfällen täglich, die alle Vorfällearten umfassen, wobei niedrigschwellige Vorfälle die große Mehrheit ausmachen. Daneben beobachtet RIAS Berlin immer wieder antisemitische Dynamiken: temporäre Phasen, in denen eine erhöhte Anzahl antisemitischer Vorfälle mit ähnlichem inhaltlichen Bezug durch das Projekt registriert und dokumentiert wird. Anlässe wie politische Ereignisse, historische Jahrestage oder Debatten bilden mitunter Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln. Beispiele für solche Gelegenheitsstrukturen waren in den vergangenen Jahren die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt 2021, aber auch die COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu deren Eindämmung.

2. Antisemitismus ist ein facettenreiches und gesamtgesellschaftliches Phänomen. Antisemitische Vorfälle ereignen sich nicht nur im Zusammenhang mit allen von RIAS Berlin erfassten politisch-weltanschaulichen Spektren, die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus treten spektrenübergreifend auf. Antisemitische Schoa-Bagatellisierungen und Täter-Opfer-Umkehrungen finden sich in allen politisch-weltanschaulichen Milieus und reichen bis in die politische Mitte. Das Gleiche gilt für antisemitische Verschwörungsmythen und Formen des israelbezogenen Antisemitismus. Antisemitismus fungiert so mitunter als verbindendes Element zwischen verschiedenen, sich sonst in keiner Weise nahestehenden politischen Milieus.

³ Diese Zahl gibt allerdings keinen Aufschluss darüber, ob unter diesen gezählten Einzelpersonen ggf. auch Personen mehrfach von antisemitischen Vorfällen betroffen waren. Auch sind keine Nachmeldungen berücksichtigt.

3. Nach neun Jahren Projektstätigkeit muss die bedrückende Einsicht festgehalten werden, dass Antisemitismus für Jüdinnen_Juden in Berlin ein alltagsprägendes Phänomen ist. Antisemitismus begegnet Jüdinnen und Juden in Berlin in verschiedenen Formen und in unterschiedlichen Kontexten – als Angriff, Bedrohung, gezielte Sachbeschädigung oder auch als verletzendes Verhalten online oder von Angesicht zu Angesicht. Die Personen, die ihre Erfahrungen RIAS Berlin melden, berichten von antisemitischen Vorfällen am Arbeitsplatz, im Umfeld von Synagogen und jüdischen Gemeinden, in der Schule, im Freundeskreis und im Rahmen von Zufallsbegegnungen auf offener Straße oder im Öffentlichen Nahverkehr. Diejenigen, die sich antisemitisch äußerten oder handelten, nahmen in vielen Fällen jüdische oder israelische Symbole oder Zeichen zum Anlass, die Betroffenen anzufeinden oder anzugreifen – oft kam es sehr plötzlich zu ablehnendem und aggressivem Verhalten vonseiten der Täter_innen. Für erkennbare Jüdinnen_Juden gibt es, so die Schlussfolgerung, in Berlin nur wenige Räume, in denen sie sicher sein können, dass sie nicht mit Antisemitismus konfrontiert werden. Dass Antisemitismus in Berlin für Jüdinnen_Juden alltagsprägend ist, bedeutet nicht, dass sie tagtäglich Antisemitismus erleben. Es bedeutet aber, dass sie tagtäglich im Alltagsverhalten zwischen der Sichtbarkeit der eigenen jüdischen Identität und der physischen und psychischen Unversehrtheit abwägen müssen.

Dank der kontinuierlichen Förderung durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung konnte sich RIAS Berlin erfolgreich etablieren und hat Wirkung erzielt. Auch im Themenfeld der betroffenenorientierten Antisemitismus-Prävention hat sich in Berlin seit Gründung des Projekts viel getan. Seit 2020 wird neben der Meldestelle mit OFEK Berlin auch eine jüdische Beratungsstelle für Betroffene von Antisemitismus gefördert. Seit 2021 gibt es mit Regishut ein Projekt des VDK e. V., das auf die Sensibilisierung der Berliner Polizei für die Perspektiven Betroffener und aktuelle Ausdrucksformen von Antisemitismus spezialisiert ist. Der modellhafte Projektansatz von RIAS Berlin wird mittlerweile in zehn weiteren Bundesländern gefördert. Der im Jahr 2018 gegründete Bundesverband RIAS e. V. gewährleistet durch bundesweiten Austausch die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Arbeit.

IM ÜBERBLICK: **ZENTRALE ENTWICKLUNGEN 2022**

Insgesamt 848 antisemitische Vorfälle dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin im Jahr 2022. RIAS Berlin erfasste einen Vorfall extremer Gewalt, 21 Angriffe, 31 gezielte Sachbeschädigungen, 24 Bedrohungen, 751 Fälle verletzenden Verhaltens, die unter anderem 36 Versammlungen umfassen, sowie 20 Massenzuschriften. 2022 wurden RIAS Berlin somit knapp 19 % weniger antisemitische Vorfälle in Berlin bekannt als 2021. Das betrifft jedoch nicht alle Vorfalltypen gleichermaßen: Zwar wurden RIAS Berlin insgesamt weniger Vorfälle als 2021 bekannt, physische antisemitische Angriffe sowie antisemitische Bedrohungen und gezielte Sachbeschädigungen blieben jedoch auf dem gleichen Niveau wie 2021. Im Durchschnitt ereigneten sich etwas mehr als zwei antisemitische Vorfälle pro Tag in der Bundeshauptstadt. Zwei Vorfälle pro Woche richteten sich gegen Jüdinnen_Juden, Israelis, oder Personen, die als solche adressiert wurden.

Gleichbleibende Anzahl extremer Gewalt und antisemitischer Angriffe

Am 16. November 2022 ereignete sich in Spandau ein Vorfall extremer Gewalt. Zwei Personen wurden von einer Gruppe junger Erwachsener angegriffen. Sie warfen den beiden Männern vor, „Free Israel“ gerufen zu haben. Dann attackierte die Gruppe die beiden, jagte sie zunächst durch den Park und schlug sie. Erst als Passanten auf den Vorfall aufmerksam wurden, ließen die Täter von den Männern ab. Beide wurden zur Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert. Bei einem der Beiden waren die Verletzungen so schwer, dass er stationär verblieb.

Der Vorfall erinnert an einen der beiden Fälle extremer Gewalt, der dem Projekt im Jahr 2021 bekannt geworden war: Am 25. Oktober war ein Mann in Spandau von einer Gruppe aus drei Personen so stark verletzt worden, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste, nachdem dieser sich geweigert hatte, auf Aufforderung der Angreifer „Free Palestine“ zu rufen.

Weitere physische antisemitische Angriffe ereigneten sich im Jahr 2022 in neun der zwölf Berliner Bezirke. Insgesamt wurden dem Projekt 21 solcher Vorfälle bekannt. Bei diesen Vorfällen handelte es sich um unvermittelte Angriffe in der S- oder U-Bahn oder das Anspucken auf der Straße. In 12 Fällen waren die betroffenen Personen jüdisch oder wurden als solche adressiert. Der antisemitische Charakter der Taten wurde dadurch deutlich, dass die Täter_innen in diesen Fällen jüdische Symbole oder das Sprechen auf Hebräisch zum Anlass nahmen, die betroffenen Personen anzugreifen.

Antisemitische Vorfälle 2022 auch mit Bezug auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

2022 wurden dem Projekt 76 Vorfälle bekannt, die einen Bezug zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aufwiesen; das sind knapp 9 % der dokumentierten Vorfälle. RIAS Berlin registrierte in diesem Zusammenhang auch Vorfälle, in denen von Jüdinnen_Juden oder Israel ein spezifisches Verhalten als Konsequenz aus der Schoa erwartet wurde: In Online-Kommentaren und Zuschriften an jüdische oder israelische Organisationen wurde oft eine unzureichende Unterstützung der Ukraine vorgeworfen, in anderen Fällen wurde umgekehrt eine unsolidarische Haltung gegenüber Russland kritisiert. Insbesondere im März, als in den Medien kritisch kommentiert wurde, dass Israel sich nicht an den Sanktionen gegen Russland beteiligen würde, wiesen viele Vorfälle (27) einen solchen Bezug auf. Die meisten dieser antisemitischen Online-Zuschriften wurden der politischen Mitte zugeordnet.

COVID-19-Pandemie dient nicht länger als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle

2022 dokumentierte RIAS Berlin noch 141 antisemitische Vorfälle mit einem Bezug auf die COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. 75 % dieser Vorfälle ereigneten sich jedoch in den ersten drei Monaten des Jahres, als zeitgleich noch über eine Impfpflicht debattiert wurde. Danach kam es bis zum Jahresende pro Monat im Schnitt zu weniger als vier Vorfällen mit einem solchen Bezug. Hatte RIAS Berlin ab März 2020 die COVID-19-Pandemie als eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle erfasst, so lässt sich mit dem März 2022 aufgrund der signifikant nachlassenden Frequenz von Vorfällen mit Bezug zur COVID-19-Pandemie auch das Ende dieser zwei Jahre anhaltenden Gelegenheitsstruktur feststellen. Allerdings haben sich im Kontext der Pandemie anscheinend die Grenzen des Sagbaren verschoben und Bagatellisierungen der Schoa sowie antisemitische Selbstviktimisierungen zunehmend normalisiert (→ siehe dazu S. 20).

Mehr als die Hälfte der antisemitischen Vorfälle online

Die meisten antisemitischen Vorfälle – 57 % aller bekannt gewordenen Vorfälle – ereigneten sich 2022 online. Am häufigsten betroffen von antisemitischen Anfeindungen im Internet waren jüdische und israelische Institutionen (406 Vorfälle). Dabei handelt es sich vor allem um antisemitische Kommentare auf Social-Media-Plattformen und antisemitische E-Mails, die an jüdische und israelische Institutionen oder Personen adressiert waren. So erhielt am 6. März eine jüdische Nutzerin, die über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine tweetete, Kommentare, in denen antisemitische Verschwörungsmythen über den jüdischen Präsidenten der Ukraine verbreitet wurden, in anderen Kommentaren wurden israelische Jüdinnen_Juden mit Nazis gleichgesetzt wurden. Eine vertiefende Analyse zu antisemitischen Vorfällen im Internet findet sich ab → S. 39.

Antisemitismus äußert sich meist als antisemitisches Othering oder Post-Schoa-Antisemitismus

Antisemitismus äußerte sich in Berlin in 48 % Prozent der Vorfälle als antisemitisches Othering. Jüdinnen_Juden wurden in fast jedem zweiten Vorfall als fremd oder nicht-dazugehörig markiert, oder der Begriff „Jude“ wurde als Schimpfwort verwendet. Auch der Post-Schoa-Antisemitismus ist weiterhin eine prägende Ausdrucksform des Antisemitismus in Berlin. So wies, ähnlich wie in den Jahren zuvor, auch 2022 fast die Hälfte aller Vorfälle, 47 %, antisemitische Bezüge auf die Schoa oder deren Bagatellisierung oder Täter-Opfer-Umkehrungen auf. Eine vertiefende Analyse zu Vorfällen des Post-Schoa-Antisemitismus findet sich ab → S. 44.

Weniger als die Hälfte der Vorfälle ist einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zuordenbar

Wie auch in den Vorjahren konnte der Mehrzahl der in Berlin dokumentierten antisemitischen Vorfälle kein eindeutiger politisch-weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden (53,7 %). 15 % der Vorfälle, und damit die meisten derjenigen Vorfälle, in denen eine Zuordnung möglich war, wurden aus dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum bekannt (128 Vorfälle).

DATENGRUNDLAGE

Die von RIAS Berlin entwickelten Arbeitsweisen und Meldestrukturen innerhalb der jüdischen und nicht-jüdischen Zivilgesellschaft Berlins sind spätestens seit dem Jahr 2017 relativ konstant. Antisemitische Vorfälle und Straftaten werden dem Projekt auf unterschiedlichen Wegen bekannt, dabei machen Meldungen über die Meldeseite www.report-antisemitism.de mit Abstand den größten Anteil aus. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle über E-Mails, institutionalisierte Formen der Übermittlung, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, Presseberichte und Polizeimeldungen. Auch im Rahmen eines pro-aktiven Monitorings von Versammlungen im öffentlichen Raum durch das Projekt und Partnerorganisationen werden RIAS Berlin antisemitische Vorfälle bekannt. RIAS Berlin erstellt so den umfassendsten Datensatz strafbarer und nichtstrafbarer antisemitischer Vorfälle in Berlin. Das Projekt kann Vergleiche zwischen den Jahren vornehmen und geographische und thematische Entwicklungen abbilden.

Die Arbeitsweisen des Projekts umfassten für die Jahre 2016 – 2020 auch den Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes des Berliner Landeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität. Anders als in den Jahren 2016 – 2020 und wie bereits für das Jahr 2021 konnte das Projekt für das Jahr 2022 keinen Vergleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität des Berliner Landeskriminalamts vornehmen. Die Daten wurden dem Projekt nicht zur Verfügung gestellt. Der Datenschutzbeauftragte der Berliner Strafverfolgungsbehörden sieht hierfür mit Stand vom Januar 2022 keine Rechtsgrundlage mehr vorliegen. Als Resultat dieser geänderten Praxis der Berliner Strafverfolgungsbehörde ergibt sich, wie schon im Vorjahr, eine Unklarheit über die Gesamtheit der staatlich und zivilgesellschaftlich bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle in Berlin im Jahr 2022. Die Aussagefähigkeit des Berichts „Antisemitische Vorfälle in Berlin 2022“ bleibt dennoch bestehen. Auch der Vergleich zum Vorjahr 2021 ist valide, da die Auswertungen jeweils auf einer vergleichbaren Datengrundlage basieren.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2022

848 antisemitische Vorfälle dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin insgesamt im Jahr 2022 in Berlin. Das sind im Schnitt über zwei antisemitische Vorfälle pro Tag in der Bundeshauptstadt. Dazu gehören viele niedrigschwellige Vorfälle, aber auch einige gewaltförmige. 108 dieser Vorfälle richteten sich gegen Jüdinnen_Juden, Israelis oder Personen, die als solche adressiert wurden.

Das Projekt dokumentierte 2022 einen Vorfall extremer Gewalt, 21 Angriffe, 31 gezielte antisemitische Sachbeschädigungen, 24 Bedrohungen und 751 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter 22 Versammlungen und 20 Massenzuschriften. RIAS Berlin sind mit den 848 antisemitischen Vorfällen insgesamt rund 20 % weniger antisemitische Vorfälle als 2021 bekannt geworden. Überwiegend betrifft der Rückgang den Bereich niedrigschwelliger Vorfälle. Die Anzahl der Vorfälle physischer antisemitischer Gewalt und der Bedrohungen blieb hingegen auf dem Niveau von 2021.

Betroffene von Antisemitismus

Anfeindungen gegen Institutionen verzeichnete RIAS Berlin 2022 in 468 Vorfällen. In knapp 90 % dieser Vorfälle waren jüdische oder israelische Institutionen betroffen, die meisten Vorfälle ereigneten sich online (→ siehe dazu 39).

2022 waren im Zuge von 155 Vorfällen insgesamt 203 Einzelpersonen von antisemitischen Anfeindungen betroffen. 148 der 203 Personen waren jüdisch, israelisch oder wurden als solche adressiert. 70 % der Vorfälle, von denen Einzelpersonen direkt betroffen waren (108 Vorfälle), richteten sich gegen Jüdinnen_Juden, Israelis oder Personen, die als solche adressiert wurden.

Die anhaltende Präsenz antisemitischer Anfeindungen im Alltag von Jüdinnen_Juden in Berlin wird insbesondere angesichts des Jahresdurchschnitts deutlich: Pro Woche ereigneten sich zwei Vorfälle, in denen Jüdinnen_Juden, Israelis oder als solche adressierte Personen Ziel physischer oder verbaler antisemitischer Anfeindungen waren.

Antisemitische Vorfälle richteten sich 2022 am häufigsten gegen Männer. 98 der 203 betroffenen Einzelpersonen gaben ihr Geschlecht als männlich an und 51 als weiblich. Bei 54 Personen blieb das Geschlecht unbekannt, oder es handelte sich um gemischt-geschlechtliche Gruppen, bei denen das Geschlecht nicht eigens erfasst wurde.

Antisemitische Vorfälle von Angesicht zu Angesicht

RIAS Berlin dokumentierte insgesamt 99 Vorfälle, die sich von Angesicht zu Angesicht ereigneten. Neben dem in der Zusammenfassung beschriebenen Vorfall extremer Gewalt wurden dem Projekt 21 physische Angriffe bekannt. Bei diesen Angriffen handelt es sich um Vorfälle, in denen Jüdinnen_Juden oder Personen, die zuvor antisemitisch markiert wurden, geschlagen oder angespuckt wurden. Auch neun der 24 Bedrohungen, in denen Betroffene mit unmittelbarer Gewaltandrohung konfrontiert waren, zählen hierzu. Unter den Fällen von Angesicht zu Angesicht sind auch 68 Fälle verletzenden Verhaltens.

In den Fällen verletzenden Verhaltens wurden Personen unter anderem als „Jude“ beschimpft, oder sie wurden abwertend stereotypisiert, wie z.B. durch die Zuschreibung einer großen Nase, welche die Betroffenen als jüdisch markieren sollte. In weiteren Fällen äußerten sich unbekannte Personen, Nachbar_innen oder Kolleg_innen auf andere Weise antisemitisch gegenüber den Betroffenen.

Ein Angriff ereignete sich im September in Tempelhof-Schöneberg. Ein Rabbiner, der Zizit⁴ trug und auf Hebräisch telefonierte, wurde in Begleitung seines Sohnes unvermittelt von einer Person als „Jude“ bezeichnet, angerempelt und beschimpft. Im August kam es in Mitte zu einem antisemitischen Angriff auf einen an der Ampel wartenden Radfahrer, der eine Kippa trug. Er wurde von einer ihm unbekannten Person bedrängt und beleidigt. Als der Betroffene versuchte, sich zur Wehr zu setzen, wurde er bedroht, erneut beleidigt, und ihm wurde die Kippa entrisen. Erst durch die Hilfe einer dritten Person gelang es dem Betroffenen schließlich, sich in Sicherheit zu bringen. In einem weiteren Fall, der sich im Februar in Mitte ereignete, spuckte ein Passant ohne weiteren Kommentar eine Frau an, die einen Beutel trug, auf dem ein Davidstern abgebildet war.

Vorfälle von Angesicht zu Angesicht sind häufig das Resultat zufälliger Begegnungen. Die Betroffenen sind in diesen Fällen in typischen Situationen des Alltags mit Antisemitismus konfrontiert, etwa beim Einkaufen oder auf dem Weg nach Hause. Diejenigen, die sich antisemitisch äußerten oder handelten, nahmen dabei in vielen Fällen jüdische oder israelische Symbole oder Zeichen zum Anlass, die Betroffenen anzufeinden oder anzugreifen – oft kommt es sehr plötzlich zu ablehnendem und aggressivem Verhalten vonseiten der Täter_innen. Tätliche antisemitische Angriffe können gravierende physische und psychische Auswirkungen auf die Betroffenen haben. Aber auch Vorfälle von verletzendem Verhalten stellen empfindliche Eingriffe in den Alltag der Betroffenen dar, die ernüchternd und frustrierend oder auch verletzend und verunsichernd sein können.

4 Zizit (Schaufäden) sind an Kleidungsstücken jüdischer Männer befestigte, in bestimmter Weise geknotete Fäden/Fransen, die auf die 613 jüdischen Gebote und Verbote verweisen.

Antisemitismus im Internet

RIAS Berlin erfasst Antisemitismus im Internet nur dann als einen Vorfall, wenn die Nachricht oder der Text konkret an eine Person oder Institution adressiert ist. Antisemitische Vorfälle, die sich online ereigneten, machten 2022 etwa 57 % der antisemitischen Vorfälle aus, das waren 483 Online-Vorfälle. Die meisten Vorfälle ereigneten sich auf Social-Media-Plattformen (329 Vorfälle). In 13 Vorfällen wurden Bedrohungen online artikuliert. Beim größten Anteil der Online-Vorfälle handelte es sich um den Vorfalltyp des verletzenden Verhaltens (450 Vorfälle). Außerdem wurden 20 Massenzuschriften bekannt. Insgesamt hat RIAS Berlin etwa 11,5 % weniger Online-Vorfälle verzeichnet als im Jahr 2021. Zurückzuführen ist der Rückgang u. a. auf die deutlich geringere Zahl an dokumentierten Online-Massenzuschriften, von denen RIAS Berlin statt 60, wie in 2021, lediglich 20 im Jahr 2022 erfasste.

Von den Online-Vorfällen richteten sich 84,5 % (408 Vorfälle) gegen jüdische/ israelische oder als solche adressierte Institutionen. Von 38 Vorfällen im Internet waren jüdische/israelische oder als solche adressierte Einzelpersonen betroffen.

65 Online-Vorfälle wiesen einen Bezug zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine auf. 58 von diesen Vorfällen richteten sich gegen eine jüdische/israelische oder als solche adressierte Institution. Mit einem Anteil von 13,5 % ist diese Thematik bei den Online-Vorfällen deutlich präsenter als bei den Offline-Vorfällen, von denen lediglich 3 % einen Bezug auf den russischen Angriffskrieg zeigten.

Der Anteil von Online-Vorfällen aus dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum (15,5 %) sowie aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus (9,3 %) entspricht jeweils etwa den Anteilen dieser politischen Spektren an der Gesamtzahl der Vorfälle. Akteur_innen aus der politischen Mitte nutzten hingegen vor allem das Medium E-Mail, etwa 90 % der diesem Milieu zuordenbaren Fälle ereigneten sich im Internet. RIAS Berlin ordnete dagegen nur 5 % der Online-Vorfälle dem verschwörungsideologischen Spektrum zu, aber 24 % der Offline-Vorfälle. Da das Projekt online jedoch nur adressierte Vorfälle dokumentiert, bilden diese Zahlen nicht die generelle Präsenz von antisemitischen Artikulationen aus dem verschwörungsideologischen Milieu im Internet ab.

Erscheinungsformen des Antisemitismus

Je nach ihrer inhaltlichen Ausprägung ordnet RIAS Berlin die in Vorfällen getätigten verbalen oder non-verbalen Äußerungen einer von fünf Erscheinungsformen des Antisemitismus zu. Viele Vorfälle lassen sich dabei zwei oder gar mehr Erscheinungsformen zuordnen, entweder weil bei einem Vorfall unterschiedliche antisemitische Stereotype geäußert werden, oder weil eine Äußerung gleichzeitig die Kriterien für verschiedene Erscheinungsformen erfüllt. Daher ist die Zahl der Zuordnungen zu den Erscheinungsformen sehr viel höher als die Zahl der Vorfälle. Bei den 848 antisemitischen Vorfällen 2022 gab es insgesamt 1.342 Zuordnungen zu Erscheinungsformen; das sind 1,6 Zuordnungen pro Vorfall.

Antisemitische Vorfälle wiesen 2022 am häufigsten Inhalte des **Post-Schoa-Antisemitismus** sowie des **antisemitischen Otherings** auf. In 415 Vorfällen, rund 48 % aller Vorfälle, wurden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig markiert, oder der Begriff „Jude“ wurde als Schimpfwort verwendet. RIAS Berlin erfasst solche Vorfälle als antisemitisches Othering. Diese Klassifikation beschreibt im Vergleich zu den anderen Erscheinungsformen weniger eine inhaltliche Ausrichtung und eher eine grundlegende Funktion des Antisemitismus: die Ausgrenzung des Jüdischen aus der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft, mit der sich der_die antisemitisch Äußernde oder Handelnde identifiziert. Häufig geht damit auch eine Abwertung des Jüdischen einher. Mit dieser Erfahrung waren Jüdinnen_Juden in Berlin 2022 immer wieder konfrontiert. Etwa ein Drittel der Vorfälle, die sich von Angesicht zu Angesicht ereigneten – 65 von insgesamt 99 Vorfällen –, fiel in die Klassifikation des antisemitischen Otherings. Darunter waren antisemitische Angriffe und andere Anfeindungen, die sich gezielt gegen Personen richteten. Im Januar etwa wurde eine Person, die eine Kippa trug, in der U-Bahn von zwei Jugendlichen beobachtet und hämisch angegrinst. Als der Betroffene im Ortsteil Friedenau ausstieg, verfolgten ihn die beiden Täter und versperren ihm den Weg. Nachdem er sich durchdrängeln konnte und abbog, schrien sie ihm „Jude, Jude, dreckiger Jude!“ hinterher. Bei einem anderen Vorfall wurde im September 2022 eine jüdische Teilnehmende eines Workshops von einem anderen Teilnehmer antisemitisch markiert: Der Mann fragte gezielt nach, ob sie jüdisch sei, und drängte sie während einer Pause zunächst dazu, sich zu der Situation in Israel zu positionieren, und schloss dann: „Kommt, lasst uns weiterarbeiten! Arbeit macht frei!“

Othering ist diejenige Erscheinungsform, die am häufigsten Überschneidungen mit anderen Erscheinungsformen aufwies. In 139 Fällen gab es Überschneidungen mit dem Post-Schoa-Antisemitismus, wie etwa im beschriebenen Vorfall. Überschneidungen mit dem israelbezogenen Antisemitismus wurden in 116 Fällen registriert, zum Beispiel wurden Jüdinnen_Juden für die Politik Israels verantwortlich gemacht. In 102 Vorfällen traten Inhalte des antisemitischen Otherings mit Verschwörungserzählungen auf, die RIAS Berlin als modernen Antisemitismus erfasst.



Friedrichshain, 6. Mai:
Schmiererei an der East Side Gallery.



Mitte, 18. August: Antisemitische
Anfeindungen auf einer Postkarte, die an
eine Person adressiert war, die sich
öffentlich gegen Antisemitismus engagiert.

Der **Post-Schoa-Antisemitismus** ist fester Bestandteil der Ausdrucksformen des Antisemitismus in Berlin. So wiesen auch 2022 fast die Hälfte aller Vorfälle, 47 %, antisemitische Bezüge auf die Schoa oder deren Bagatellisierung oder Täter-Opfer-Umkehrungen auf. Auch kam es zu Angriffen auf das Gedenken und zu anderen Formen der Erinnerungsabwehr. Deutlich wird bei diesen Vorfällen die Anpassungsfähigkeit des Post-Schoa-Antisemitismus an aktuelle politische Situationen, vor allem durch Aktualisierungen dieser Formen von Antisemitismus im Zusammenhang mit Gelegenheitsstrukturen. Das Projekt beobachtete beispielsweise im Verlauf der Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung eine Normalisierung antisemitischer Aussagen. Äußerungen wie „Damals die Juden, heute die Ungeimpften“, „Impfen macht frei“ oder antisemitische Selbstviktimisierungen sind im Verlauf der COVID-19-Pandemie zunehmend zum selbstverständlichen Jargon von Impfgegner_innen geworden, die sich u. a. aus dem rechtsextremen sowie verschwörungsideologischen Milieu rekrutieren, aber auch in die politische Mitte reichen.

Auch die meisten Vorfälle mit Bezug zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wiesen Inhalte des Post-Schoa-Antisemitismus auf, nämlich 40 der insgesamt 76 Vorfälle, die RIAS Berlin mit einem solchen Bezug dokumentierte. 12 dieser Vorfälle konnten der politischen Mitte zugeordnet werden, so viele wie keinem anderen politischen Hintergrund.

32 % aller bekannt gewordenen Vorfälle enthielten Inhalte des **israelbezogenen Antisemitismus**. Die Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus umfassen auch den oben beschriebenen Vorfall extremer Gewalt sowie vier weitere tätliche Angriffe. In der oft geführten Debatte, bei welchen Inhalten des israelbezogenen Antisemitismus es sich tatsächlich um Antisemitismus handelt, wird in der Regel vor allem um die Legitimität oder Illegitimität bestimmter politischer Aussagen und Positionierungen gestritten. Dabei wird zu häufig außer Acht gelassen, dass antisemitische Anfeindungen grundsätzlich auch ein gewaltförmiges Potenzial enthalten, welches in Angriffe, Bedrohungen und auch gezielte Sachbeschädigungen umschlagen kann. Das gilt auch im Fall des israelbezogenen Antisemitismus.

Die meisten dieser Vorfälle ereigneten sich mit 42 Vorfällen im Mai – das waren jedoch signifikant weniger Vorfälle als 2021, als das Projekt im gleichen Monat 155 Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus erfasst hatte. Im Mai 2021 war es im Zusammenhang mit der damaligen erneuten Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt zu einem drastischen Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin innerhalb eines kurzen Zeitraums gekommen. Der Anstieg stand im unmittelbaren Zusammenhang mit breiten politischen Mobilisierungen europäischer und deutscher Akteur_innen anlässlich der militärischen Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Terrororganisationen wie der Hamas und Israel,

woraufhin auch in Deutschland und in Berlin Kundgebungen und Demonstrationen stattfanden. 2022 stellte das Projekt keine solche Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle fest. Nicht nur wird bei solchen Anlässen die statistische Korrelation zwischen der Anzahl bekannt gewordener Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus mit militärischen Auseinandersetzungen im israelisch-palästinensischen Konflikt evident, die Korrelation verweist auch auf das Mobilisierungspotenzial des israelbezogenen Antisemitismus in Berlin.

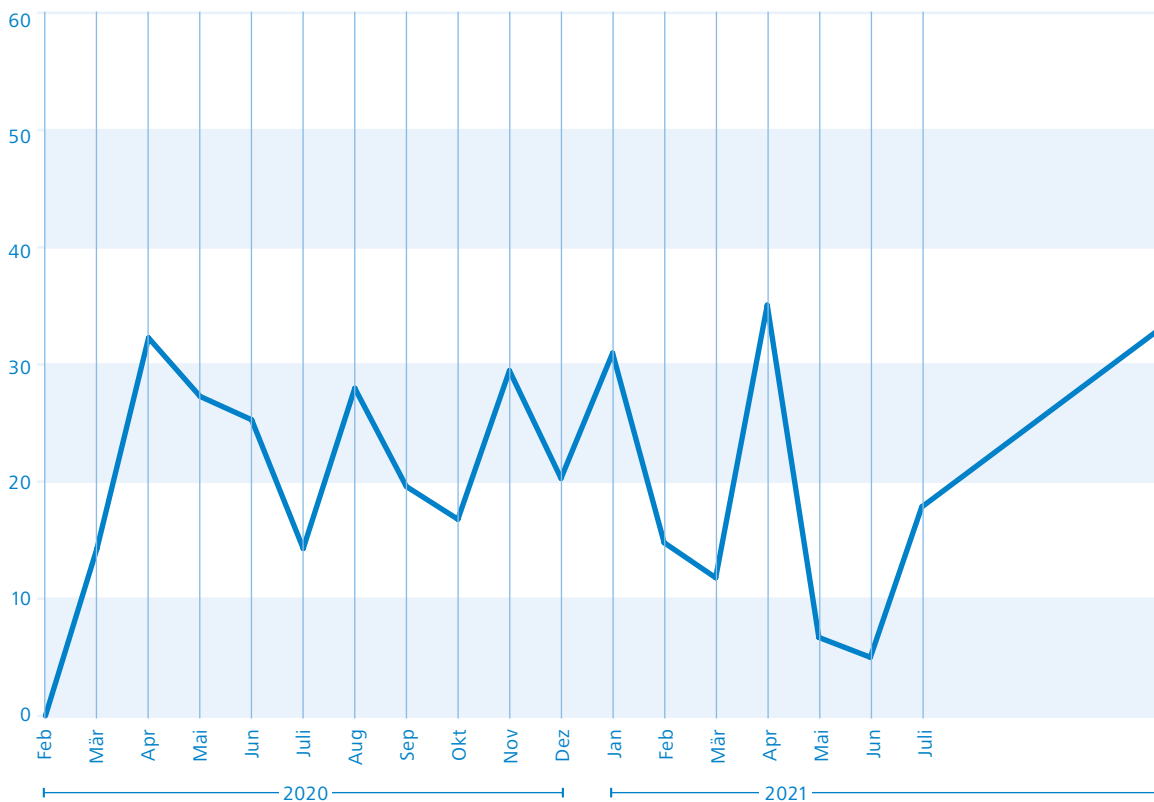
In fast einem Viertel aller Vorfälle – in rund 23 % – wurden antisemitische Verschwörungsmymen und Chiffren geäußert, die RIAS Berlin als **modernen Antisemitismus** erfasst; der niedrigste Anteil seit Beginn der Pandemie 2020. Der Anteil der Vorfälle mit Inhalten des **antijudaistischen Antisemitismus** lag 2022 bei 4 %.

- ◀ Marienfelde, 9. August: An einem Stromkasten wird Israel als „Kindermörder“ bezeichnet, um den Staat Israel zu dämonisieren. Zudem wurde eine Vernichtungsdrohung gegen Jüdinnen_Juden formuliert.

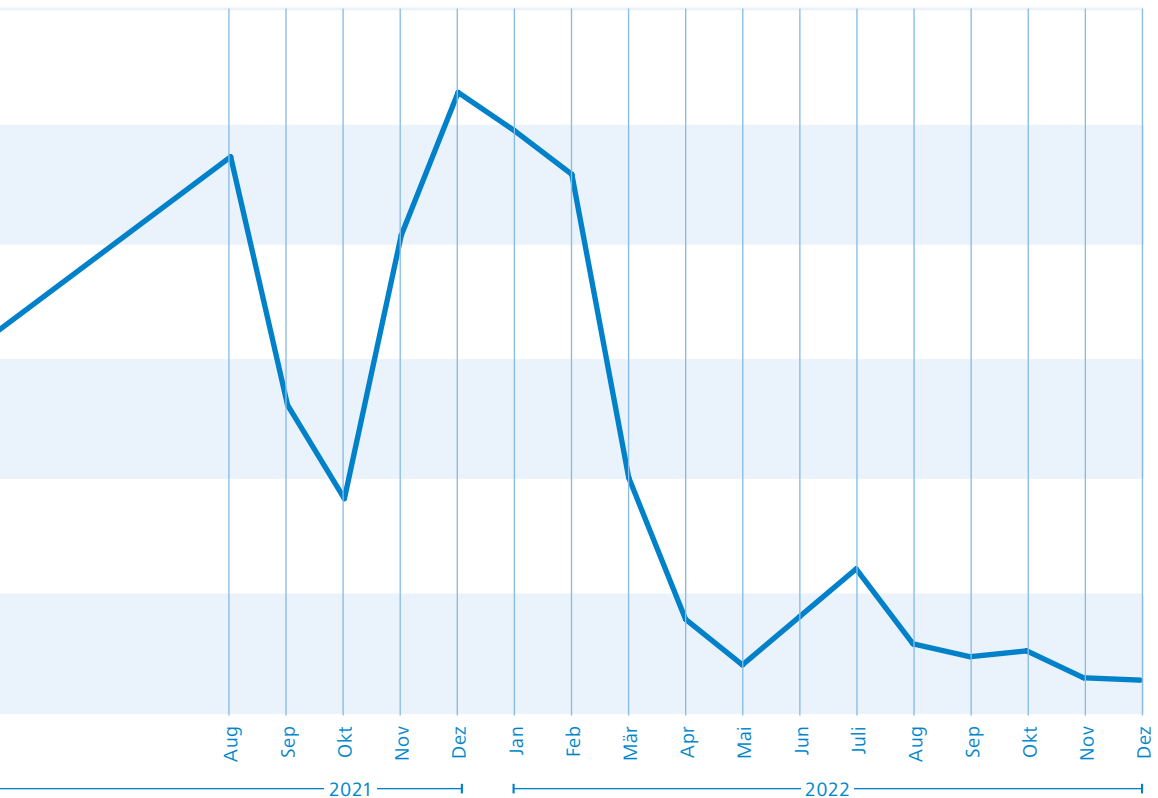
Zeitlicher Verlauf

Durchschnittlich wurden RIAS Berlin pro Monat etwa 71 antisemitische Vorfälle in der Bundeshauptstadt bekannt. Die meisten Vorfälle verzeichnete das Projekt im Januar (115 Vorfälle). 49,6 % der Vorfälle im Januar wiesen noch einen **Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen ihrer Eindämmung** auf. Dieser Anteil fiel jedoch bereits im März auf 20 % – es waren noch 16 von 80 Vorfällen – und blieb danach weitgehend im einstelligen Bereich. Gab es Anfang des Jahres zunächst noch Bezugnahmen auf die Debatte um die Impfpflicht, kam der COVID-19-Pandemie im weiteren Verlauf des Jahres nicht länger die Funktion einer Gelegenheitsstruktur für die Artikulation antisemitischer Äußerungen zu. Beobachtete RIAS Berlin ab März 2020 die COVID-19-Pandemie als eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle, so lässt sich für März 2022 aufgrund der signifikant nachlassenden Frequenz von Vorfällen mit Bezug zur COVID-19-Pandemie auch das Ende dieser zwei Jahre anhaltenden Gelegenheitsstruktur feststellen.

Vorfälle mit Corona-Bezug



- ◀ Moabit, 31. Januar: Bagatellisierungen der Schoa am S-Bhf. Westhafen. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie werden antisemitische Gleichsetzungen von ungeimpften Personen mit Opfern des Nationalsozialismus regelmäßig bekannt.



Entwicklungen zum Antisemitismus im Kontext der Proteste gegen die COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung

In der verschwörungsideologischen und rechtsoffenen Protestszene gegen die COVID-19-Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu deren Eindämmung hat sich seit 2020 in Berlin ein überschaubarer, aber beständig mobilisierbarer Kern herausgebildet. Versuche, zu Beginn des Jahres 2022 die Proteste nach bundesweitem Vorbild zu dezentralisieren, erfuhren kaum Resonanz und auch überregionale Mobilisierungen fanden nur noch selten statt. Lokalen Akteur_innen, die sich vorwiegend rund um anlassbezogene Aktionsbündnisse von verschwörungsideologischen Kleinstgruppen organisierten, gelang es immer seltener, größere öffentliche Wahrnehmung zu erzielen.

Zu Pandemiebeginn kursierten im Kontext der Versammlungen antisemitische Verschwörungsmythen bezüglich der Herkunft des COVID-19-Virus, der vermeintlich Verantwortlichen und angeblichen Profiteure, zudem gab es Schoa-Bagatellisierungen. Zunehmend wurde eine Selbstviktimisierung popularisiert, bei der die „Ungeimpften“ mit den durch die Nationalsozialisten verfolgten Jüdinnen_Juden gleichgesetzt wurden.

Antisemitisch grundierte Narrative, wie sie u. a. von „Reichsbürgern“ vertreten wurden, und provokante Verharmlosungen des Nationalsozialismus, etwa durch die Gleichsetzung von Corona-Impfungen mit nationalsozialistischen Medizinverbrechen, gehören weiterhin zum festen Protestrepertoire.

In ihrem Bemühen um gesellschaftliche Anschlussfähigkeit griffen die Protestakteure im Laufe des Jahres neben der Pandemiesituation verstärkt andere gesellschaftliche Krisen auf, insbesondere den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, und integrierten diese Themen in gängige antiamerikanische und antiwestliche Verschwörungserzählungen.

In einer Handreichung fasst die MBR Funktionen und Argumentationsweisen von Verschwörungsideologien zusammen und stellt Angebote zum Umgang mit Verschwörungserzählungen in privaten und gesellschaftlichen Kontexten vor.

→ <https://mbr-berlin.de/publikationen/zum-umgang-mit-verschwoerungserzaehlungen-und-ideologien-2021/>

2022 beobachtete das Projekt insgesamt 76 Vorfälle mit **Bezug zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine**. Im März wiesen besonders viele Vorfälle (27) einen solchen Bezug auf. Ende Februar hatten die USA und mehrere europäische Staaten Sanktionen gegen Russland beschlossen, im März gab es dann eine breite kritische Berichterstattung darüber, dass Israel sich nicht an den Sanktionen beteiligte. In der Folge wurden in diversen Zuschriften, E-Mails oder auch über Social-Media-Kommentare jüdische und israelische Institutionen kontaktiert. In mehreren Nachrichten und E-Mails wurde mit explizitem Verweis auf das Leid der Jüdinnen und Juden während der Schoa gefordert, dass Israel sich gerade deswegen z. B. an den Sanktionen oder Waffenlieferungen beteiligen müsse.

Im Mai wurden mit 100 Vorfällen die zweitmeisten Vorfälle innerhalb eines Monats dokumentiert. Trotz der hohen Zahl findet sich hier die größte Diskrepanz zum Vorjahr, wo in diesem Monat 225 Vorfälle verzeichnet wurden – damals, im Mai 2021, hatte die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle gewirkt.⁵ Anlässe wie politische Ereignisse, bestimmte historische Jahrestage oder Debatten bilden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln und können so das Aufkommen von antisemitischen Vorfällen begünstigen.

Tatorte

Der häufigste **Tatort** bei antisemitischen Vorfällen, die sich nicht im Internet ereigneten, war 2022 wie im Vorjahr die **Straße** (161 Vorfälle). Hier ist ein Rückgang von 38,5 % im Vergleich zu 2021 zu verzeichnen (262 Vorfälle). Antisemitische Vorfälle im **ÖPNV** (68 Vorfälle) gingen dagegen lediglich um 10,5 % zurück (2021: 76 Vorfälle). Hier ereigneten sich ebenso viele antisemitische Angriffe wie auf der Straße (jeweils 8 Vorfälle). In mehreren Fällen wurden Personen, die als jüdisch erkennbar waren oder als solche wahrgenommen wurden, in einer S- oder U-Bahn zunächst antisemitisch beleidigt und anschließend körperlich attackiert. Weitere Vorfälle ereigneten sich im Linienbus und auf Taxifahrten. Erfahrungen von derartigen Zufallsbegegnungen oder das Wissen über diese erzeugen ein dauerhaftes Unsicherheitsgefühl, sich als Jüdin_Jude erkennbar in der Stadt zu bewegen.

Auch im unmittelbaren **Wohnumfeld** kommt es immer wieder zu antisemitisch motivierten Sachbeschädigungen oder zu verletzendem Verhalten, häufig durch Nachbar_innen. 25 antisemitische Vorfälle ereigneten sich 2022 hier. Das eigene Wohnumfeld ist in der Regel ein wichtiger Rückzugsort und kann vor allem nicht

⁵ Siehe dazu: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin: Antisemitische Vorfälle in Berlin 2021. https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische-Vorfaelle-2021_Jahresbericht_RIAS-Berlin.pdf (Zugriff am 23.11.22).

ohne Weiteres gemieden werden. Vorfälle im Wohnumfeld wirken sich daher besonders nachhaltig auf das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität der Betroffenen aus.

Aus **Bildungseinrichtungen** wurden 20 antisemitische Vorfälle bekannt. Hier handelt es sich um einen der wenigen Tatorte, an dem die Zahl der Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat (2021: 15 Vorfälle). Besonders sensibel sind diejenigen Vorfälle, die sich an Schulen ereignen. 2022 wurden in sieben von 12 Berliner Bezirken antisemitische Vorfälle an Schulen dokumentiert, darunter war ein antisemitischer Angriff. In weiteren Fällen wurden Betroffene beispielsweise antisemitisch markiert oder beschimpft. Bei vier von neun Vorfällen waren die Betroffenen jüdisch. In den meisten Fällen gingen die antisemitischen Vorfälle von Mitschüler_innen aus. Vonseiten der Schule und Lehrkräfte wurde sehr unterschiedlich auf die Vorfälle reagiert – sofern sie ihnen bekannt wurden. In einzelnen Fällen wurden antisemitische Äußerungen von den Lehrkräften unmittelbar angesprochen und dem Antisemitismus widersprochen. In anderen Fällen fehlte es jedoch aufseiten der Lehrkräfte oder auch der Schulleitungen an der Sensibilität, Antisemitismus zu erkennen oder ernst zu nehmen. Auch gab es einzelne Fälle, in denen Widerstand seitens der Schule deutlich wurde, sich mit antisemitischen Vorfällen an der eigenen Schule auseinanderzusetzen und beispielsweise die Thematisierung des antisemitischen Vorfalls zum eigentlichen Problem gemacht wurde. Sind Kinder oder Jugendliche mit Anfeindungen konfrontiert, kann dies zu einer großen Verunsicherung führen und ihre Identitätsbildung beeinflussen.

Auch aus dem Bereich nicht-schulischer Bildungssituationen, z. B. Fort- und Weiterbildungen, wurden antisemitische Vorfälle gemeldet. Jüdische Teilnehmende wurden beispielsweise mit Schoa bagatellisierenden Kommentaren oder antisemitischen Witzen adressiert. Wenn die Betroffenen die entsprechenden Personen mit ihren Kommentaren konfrontierten, versuchten diese meist, sie als Spaß abzutun. In der Regel kam es nicht zu einer Intervention durch die Seminarleitung oder durch andere Teilnehmende.

Es wurden zudem antisemitische Vorfälle an **Gedenkort**en (23), in **öffentlichen Grünanlagen** (18), in **Gewerbe** und **Gastronomie** (17) und in **öffentlichen Gebäuden** (11) dokumentiert. Weniger als 10 Vorfälle wurden jeweils aus **Geschäftsstellen von Institutionen**, am **Arbeitsplatz** und auf dem **Sportplatz** bzw. im **Sportverein** bekannt. Antisemitische Vorfälle können sich an allen Orten des Alltagslebens – auf der Arbeit, beim Einkaufen, im Sportverein, im Museum, unterwegs etc. – ereignen. Das bedeutet, dass es für Jüdinnen_Juden nur wenige Räume gibt, in denen sie sicher sein können, nicht mit Antisemitismus konfrontiert zu werden.

Geografische Verteilung

RIAS Berlin konnte 357 antisemitische Vorfälle geografisch den Berliner Bezirken zuordnen. Bei acht weiteren Vorfällen blieb der Bezirk unbekannt. Aus allen Berliner Bezirken wurden dem Projekt antisemitische Vorfälle bekannt. In neun Bezirken wurden weniger Vorfälle dokumentiert als in 2021, während in drei Bezirken – Pankow, Spandau und Marzahn-Hellersdorf – die Vorfälle im Vergleich zu 2021 anstiegen. Der Bezirk Mitte blieb mit 111 Vorfällen wie in den Vorjahren der mit Abstand am stärksten belastete. In Mitte ereigneten sich auch die meisten Vorfälle von Angesicht zu Angesicht (28 Vorfälle). Charlottenburg-Wilmersdorf ist der Bezirk mit dem höchsten Anteil an Vorfällen – 19 von insgesamt 45 Vorfällen (42%) –, bei denen Betroffene eine solche direkte, oft spontane antisemitische Konfrontation erlebten. Gerade bei antisemitischen Vorfällen, die während zufälliger Begegnungen von Unbekannten verübt werden, gibt es selten konkrete Hinweise darauf, ob die Person einem bestimmten politisch-weltanschaulichen Spektrum zugehörig ist; so blieb bei 68 % dieser Vorfälle von Angesicht zu Angesicht in Charlottenburg-Wilmersdorf der Hintergrund als politisch unbekannt kategorisiert.

In Pankow wurde mit 54 Vorfällen die zweithöchste Zahl an antisemitischen Vorfällen bekannt. Pankow gehört zu einem von drei Berliner Bezirken, in dem 2022 mehr Vorfälle als 2021 verzeichnet wurden. Bei den Vorfällen in Pankow handelte es sich bei knapp 80 % der Vorfälle um Schmierereien (31 Vorfälle) und Aufkleber (12 Vorfälle). Pankow ist zudem der Bezirk mit dem höchsten Anteil an Vorfällen, die der Erscheinungsform Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet wurden (38 Vorfälle, 70 %), darunter viele Variationen einer Schoa bagatellisierenden Schmiererei (21 Vorfälle), der zufolge eine bargeldlose Gesellschaft in „Auschwitz“ münden werde. Solche Schriftzüge – z. B. „Ohne Bargeld geht’s nach

Auschwitz“ oder „Ohne Bargeld wird bis Auschwitz durchregiert“ – wurden neben Pankow auch in den Bezirken Mitte (11), Steglitz-Zehlendorf (5), Friedrichshain-Kreuzberg (2), Charlottenburg-Wilmersdorf (1) und Spandau (1) entdeckt. Die Schmierereien wurden mehrfach zusammen mit dem 2022 ebenfalls verbreiteten Schriftzug „Damals die Juden, heute die Ungeimpften“ bemerkt, der die staatlichen Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie mit der Verfolgung von Jüdinnen

- ◀ Prenzlauer Berg, 21. Juli: Antisemitische Schmiererei auf einem Plakat, das sich gegen antisemitische Verschwörungsmythen wendet.

und Juden durch die Nationalsozialisten gleichsetzt.⁶ Auch wurde eine Schmiererei mit dem Inhalt „Damals die Juden, heute die Digital-Kritiker“ dokumentiert. Dies legt nahe, dass die Schmierereien aus demselben verschwörungsideologischen Spektrum getätigt wurden. Die Schmierereien fanden sich besonders häufig an Bus-, Tram- oder S-Bahn-Haltestellen, und sie tauchten, nachdem sie entfernt worden waren, an denselben Orten erneut auf, was auf eine Routine beim Anbringen und auf dieselben Urheber_innen hinweisen könnte.

2022 wurden dem Projekt aus Neukölln 29 Vorfälle bekannt; eine Verringerung von mehr als 50 % im Vergleich zu 2021, als 66 Vorfälle für den Bezirk dokumentiert wurden. Die hohe Zahl in 2021 stand im Zusammenhang mit der Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt, die im Mai/Juni eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Dynamiken in Berlin bot. Israelbezogener Antisemitismus blieb in Neukölln die häufigste Erscheinungsform (14 Vorfälle, 48 %). Der politisch-weltanschauliche Hintergrund, der den meisten Vorfällen in Neukölln zugeordnet werden konnte, ist der des antiisraelischen Aktivismus (10 Vorfälle, 34 %), ebenso viele Vorfälle wurden als politisch unbekannt kategorisiert. Sieben Vorfälle wurden dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet, darunter mehrere Schmierereien, bei denen Hakenkreuze, rassistische und antisemitische Karikaturen sowie antisemitische Schriftzüge in die Flure von Wohnhäusern geschmiert wurden.

6 Siehe zu der Schmiererei „Damals die Juden, heute die Ungeimpften“ ausführlicher: RIAS Berlin, Antisemitische Vorfälle in Berlin Januar bis Juni 2022. <https://report-antisemitism.de/publications/>, S. 12–13 (Zugriff am 11.03.2023).

▲
Neukölln, 18. und 29.
Dezember: Antisemitische
und NS-verherrlichende
Schmierereien wurden in den
Hausfluren von zwei
Wohnhäusern entdeckt.
▼

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

53,7 % der Vorfälle (455) konnten keinem **politisch-weltanschaulichen Hintergrund** zugeordnet werden. Dies liegt auch daran, dass bestimmte Erscheinungsformen von verschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren aufgegriffen werden, sodass aus der Erscheinungsform allein oft kein eindeutiger politischer Hintergrund abgeleitet werden kann. So werden etwa zahlreiche Begriffe und Symbole inzwischen spektrenübergreifend benutzt. Die Verwendung rechtsextremer Symbole wie das Hakenkreuz ist beispielsweise längst nicht mehr auf das rechtsextreme Spektrum begrenzt. Ein in einer Bildungseinrichtung zum Nationalsozialismus geschmiertes Hakenkreuz kann Ausdruck einer versuchten Provokation vonseiten der Besucher_innen ohne einen klaren politischen Hintergrund sein, auch werden Hakenkreuze mitunter in verschiedenen politischen Spektren verwendet, um den jeweiligen politischen Gegner als „Nazi“ zu markieren. Uneindeutige oder kontextlose Schmierereien werden von RIAS Berlin entsprechend als politisch unbekannt eingeordnet. Auch für Betroffene von antisemitischen Vorfällen ist oft nicht ersichtlich, ob diesen Vorfällen eine rechtsextreme, antiimperialistische, christliche, islamistische oder antiisraelische Haltung zugrunde liegt, zumal sich viele Vorfälle spontan ereignen.

Wie in den Vorjahren war **Rechtsextremismus/Rechtspopulismus** derjenige politisch-weltanschauliche Hintergrund, dem die meisten Vorfälle zugeordnet werden konnten (128 Vorfälle). Zugleich war in diesem Bereich ein Rückgang der dokumentierten Vorfälle von etwa 40 % zu beobachten.

- ◀ Friedenau, 12. März: Antisemitischer Sticker aus einem rechtsextremen Versandhandel.

Aus dem **verschwörungsideologischen Milieu** wurden 113 Vorfälle (13,3 %) bekannt. Damit liegen Vorfälle mit diesem politisch-weltanschaulichen Hintergrund 2022 zwar unterhalb der Vorfallzahlen aus dem Vorjahr (2021: 157 Vorfälle), aber deutlich über den Vorfallzahlen aus 2020 (87 Vorfälle). Von den Vorfällen aus dem verschwörungsideologischen Milieu wiesen 54 Vorfälle einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf. 80 % der Vorfälle aus dem verschwörungsideologischen Spektrum enthielten Elemente der Erscheinungsform Post-Schoa-Antisemitismus. Aus diesem politischen Spektrum wurden die meisten Versammlungen (17) bekannt, in deren Kontext es zu antisemitischen Vorfällen kam.

Aus dem Spektrum des **antiisraelischen Aktivismus** verzeichnete das Projekt einen Rückgang der Vorfälle von 101 Vorfällen in 2021 auf 74 Vorfälle in 2022. Dieser Rückgang entspricht ungefähr dem Rückgang aus diesem Milieu von Mai 2021 (44 Vorfälle) zu Mai 2022 (13 Vorfälle). 2021 war die Zahl relativ hoch gewesen, weil die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Artikulationen bot. Vorfälle aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus hatten mit 8,7 % an den antisemitischen Vorfällen in Berlin 2022 insgesamt einen ähnlichen Anteil wie in den Vorjahren (2021: 9,6 %, 2020: 6,3 % und 2019: 9,8 %).

Antisemitische Vorfälle, die aus dem Spektrum der **politischen Mitte** dokumentiert wurden, sind im Vergleich zum Vorjahr sowohl hinsichtlich der absoluten Vorfallzahlen (42 Vorfälle) als auch des relativen Anteils an den Gesamtvorfällen (4,95 %) angestiegen (2021: 34 Vorfälle, das entspricht 3,2 %). Über 90 % der Vorfälle aus diesem Spektrum ereigneten sich online, bei dem Großteil (32 Vorfälle) handelte es sich um antisemitische E-Mails an jüdische und israelische Institutionen. Jeder dritte Vorfall aus dem Spektrum der politischen Mitte wies einen Bezug zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auf.

Auch aus dem Spektrum **links/antiimperialistisch** verzeichnete RIAS Berlin einen Anstieg von 13 Vorfällen in 2021 auf 23 Vorfälle in 2022. Einem **islamischen/islamistischen** politisch-weltanschaulichen Hintergrund wurden acht Vorfälle zugeordnet (weniger als 1 %), dem Spektrum des **christlich/christlichen Fundamentalismus** fünf Vorfälle (0,5 %).

DIE STATISTIK AUF EINEN BLICK

Antisemitische Vorfälle nach Berliner Bezirken



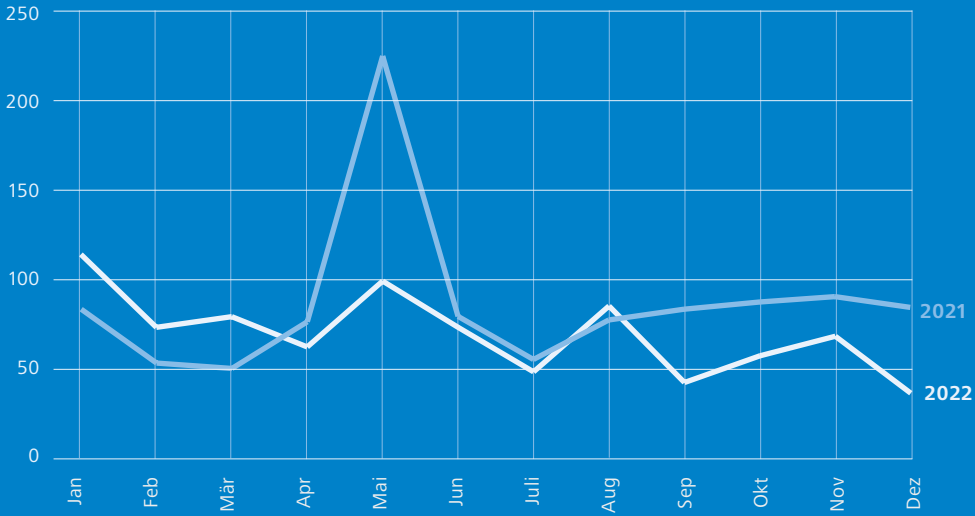
nach Berliner Bezirken

Jahr	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Mitte	111	149	155	141	146	153
Neukölln	29	65	30	45	56	51
Charlottenburg-Wilmersdorf	45	51	70	77	80	74
Friedrichshain-Kreuzberg	27	51	51	48	66	41
Pankow	54	47	40	40	35	21
Lichtenberg	15	36	11	18	8	11
Tempelhof-Schöneberg	17	33	25	22	30	20
Treptow-Köpenick	18	23	25	15	31	16
Steglitz-Zehlendorf	11	16	15	17	25	11
Marzahn-Hellersdorf	17	12	10	6	10	10
Reinickendorf	2	9	6	8	6	2
Spandau	12	6	11	9	10	9
Keine Angabe/Unbekannt	8	10	5	4	3	16

nach Vorfalltypen

Jahr	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Extreme Gewalt	1	2	0	0	0	0
Angriffe	21	22	17	33	46	18
Gezielte Sachbeschädigung	31	43	43	38	43	42
Bedrohung	24	28	54	59	46	26
Verletzendes Verhalten	751	895	779	653	833	684
Massenzuschrift	20	62	126	103	117	185
Gesamt	848	1052	1019	886	1085	955

nach Monaten



Jahr	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Januar	115	84	94	72	78	68
Februar	74	54	64	82	91	88
März	80	51	56	69	56	77
April	63	77	65	80	106	98
Mai	100	225	88	73	163	100
Juni	74	80	75	79	85	84
Juli	49	56	98	66	136	70
August	86	78	118	90	121	67
September	43	84	92	65	84	73
Oktober	58	88	95	99	58	44
November	69	91	95	59	75	61
Dezember	37	85	64	47	32	112

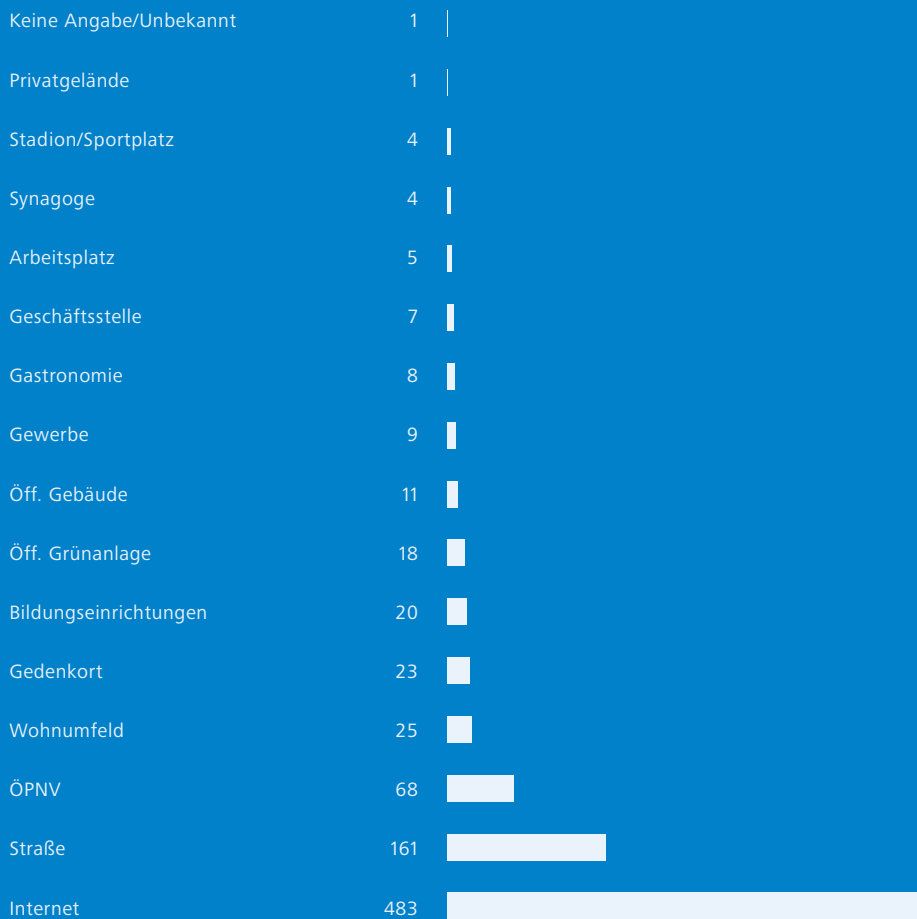
Betroffene Institutionen und Einzelpersonen

Jahr	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Institutionen	468	545	515	391	579	538
Einzelpersonen	203	292	348	329	368	218

Betroffenengruppen

Betroffene		
Unbekannte Einzelpersonen	26	
Sonstige Institutionen	2	
Sonstige nicht-jüdische Einzelpersonen	23	
Politiker_innen und Parteien	2	
Polizist_innen	3	
Gedenkinitiativen	18	
Zivilgesellschaft (Einzelpersonen und Institutionen)	28	
Adressiert als Jüdinnen_Juden (Einzelpersonen und Institutionen)	16	
Jüdische/Israelische Einzelpersonen	134	
Jüdische/Israelische Institutionen	419	

Antisemitische Vorfälle nach Tatorten



Erscheinungsformen

Mehrfache Zuordnungen
sind möglich

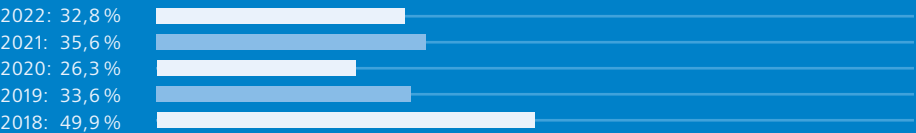
Antijudaistischer Antisemitismus



Moderner Antisemitismus



Israelbezogener Antisemitismus



Antisemitisches Othering

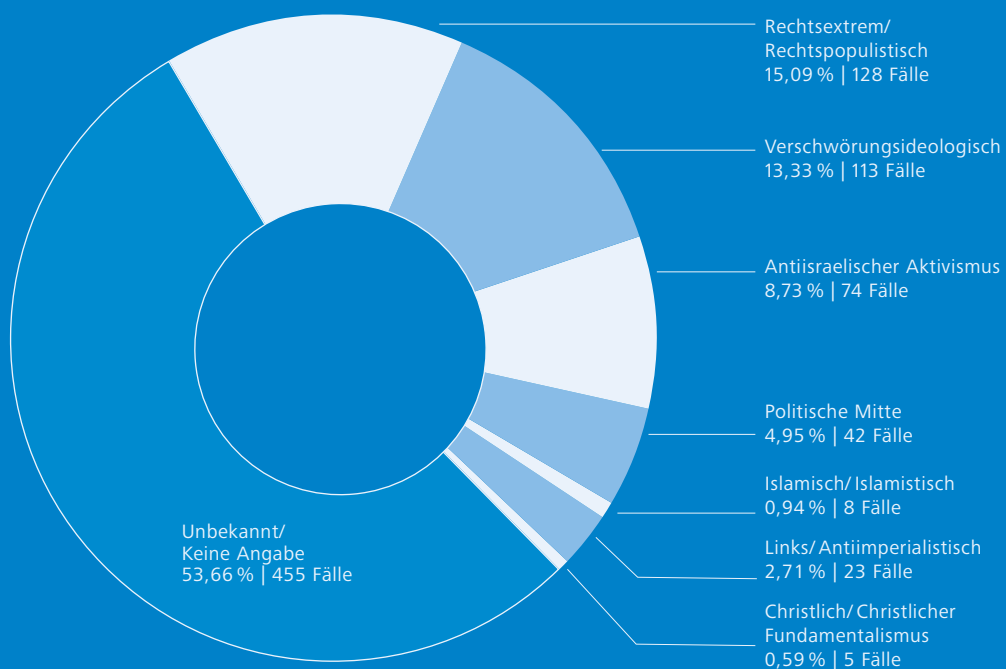


Post-Schoa-Antisemitismus



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Jeder Fall wird nur einer Kategorie zugeordnet



ANALYSEN

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IM INTERNET 2022

Mehr als die Hälfte aller 2022 von RIAS Berlin dokumentierten Vorfälle (483) waren Online-Vorfälle. Von den 483 Online-Vorfällen wurden 13 als Bedrohungen, 450 als verletzendes Verhalten und 20 als Massenzuschriften kategorisiert. Fast 90 % der Online-Vorfälle richteten sich gegen jüdische und israelische Institutionen (406 Vorfälle) und jüdische oder israelische Einzelpersonen (53).

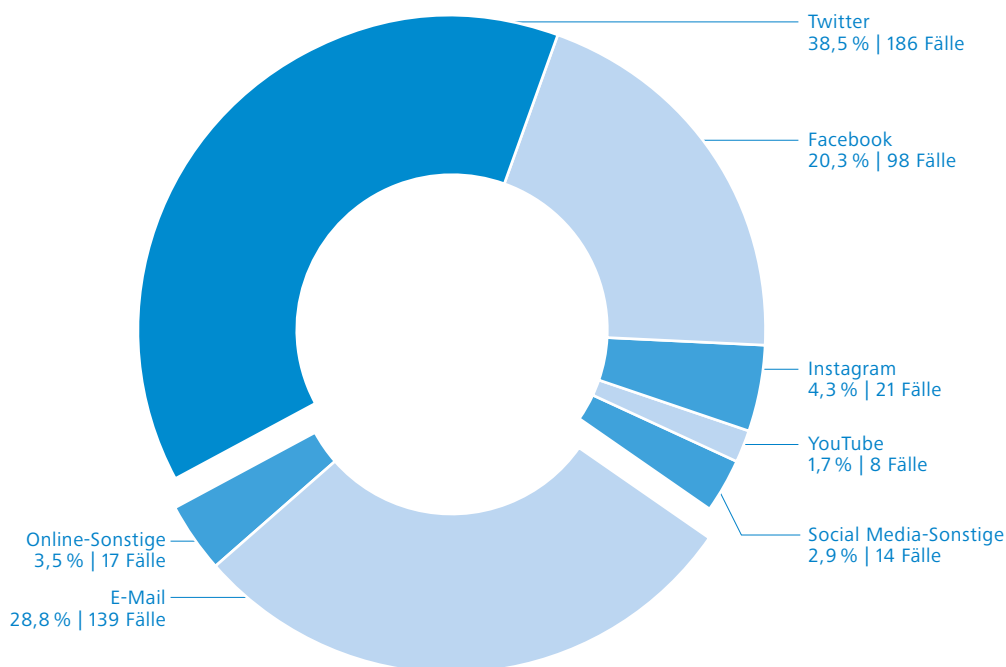
Von 12 der 13 Bedrohungen im Internet waren jüdische/israelische oder als solche adressierte Individuen und Institutionen betroffen. In neun dieser Kommentare und E-Mails wurden Vernichtungsdrohungen oder die Anwendung extremer Gewalt angedroht. In vier Fällen blieben die Androhungen vage, beispielsweise durch ominöse Verweise darauf, dass es bald „soweit“ sei. Die Bedrohungen enthielten zudem in der Regel harsche Beschimpfungen, die sich gegen Einzelpersonen, Institutionen oder auch gegen Jüdinnen_Juden allgemein richteten. Die meisten Bedrohungen konnten einem rechtsextremen/rechtspopulistischen politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden (6 Vorfälle).

Der größte Teil der Online-Vorfälle wurde für Social-Media-Plattformen (329 Vorfälle) dokumentiert. Davon wurden 186 Vorfälle auf Twitter, 98 Vorfälle auf Facebook, 21 Vorfälle auf Instagram und 8 Vorfälle auf YouTube bekannt. Wurden 2021 noch etwa gleich viele Vorfälle für Twitter wie für Facebook verzeichnet, stieg die Zahl der bekannt gewordenen Twitter-Vorfälle 2022 um 56 Vorfälle an, während sie bei Facebook um 33 Vorfälle zurückging. In den Sozialen Netzwerken ist im Vergleich zum Vorjahr insgesamt ein Anstieg der Vorfälle um 5,1 % zu verzeichnen.

Unter den für Social-Media-Plattformen dokumentierten Vorfällen finden sich alle von RIAS Berlin erfassten Erscheinungsformen des Antisemitismus, und sie werden von allen politischen Spektren getätigt. Schon die Erwähnung von Themen des jüdischen Lebens reicht oft bereits aus, um User_innen zu verschiedensten Formen antisemitischer Anfeindungen zu veranlassen. Ein Social-Media-Beitrag einer jüdischen Organisation mit allgemeinen Informationen über das Judentum erhielt beispielsweise mehrere Kommentare, in denen verschiedenste historisch tradierte antisemitische Stereotype artikuliert wurden, wie die Zuschreibung der Geldgier, Anspielungen auf ihre „Nasen“ oder auf Brunnenvergiftung. Andere Kommentare dämonisierten Israel. Ein weiterer Kommentar rief durch die Erwähnung der „Rothschilds“ antisemitische Verschwörungsmythen auf.

Die Erscheinungsform, die für die Social-Media-Plattformen am häufigsten verzeichnet wurde, ist das antisemitische Othering (198 Vorfälle). So wurde in jedem zehnten dokumentierten Social-Media-Kommentar Jüdinnen_Juden die Schuld

Online-Vorfälle



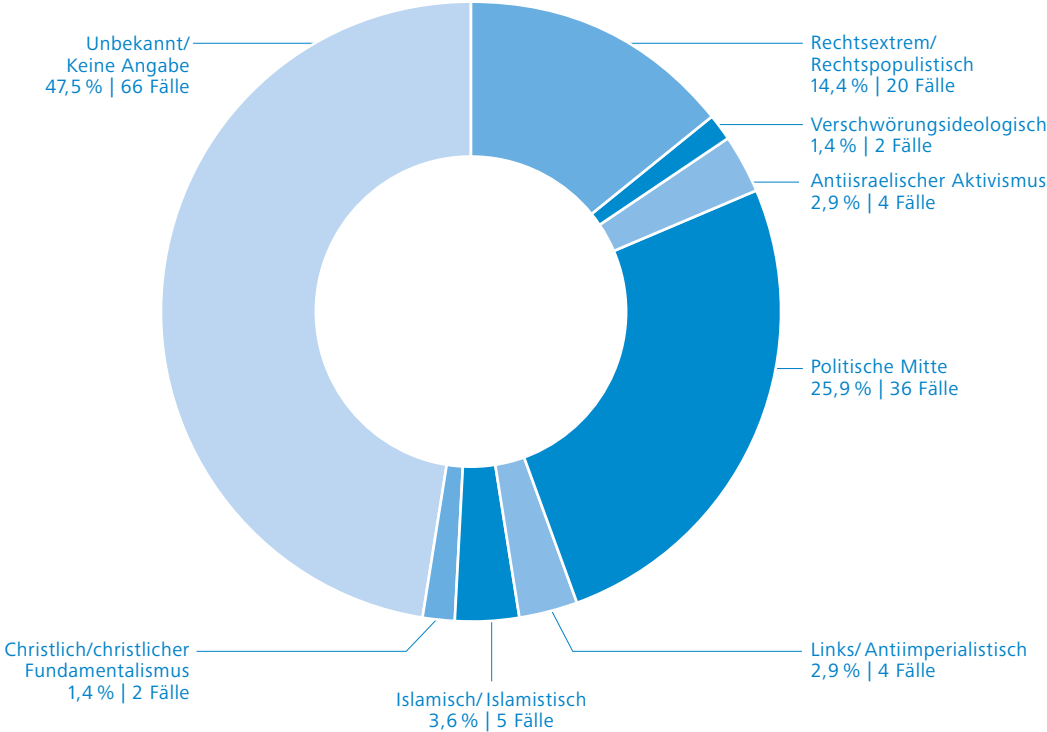
am Antisemitismus gegeben. Beispielsweise erhielt eine jüdische Person auf einer Social-Media-Plattform die Direktnachricht: „Eine Maßnahme gegen judenhas [sic] – verzieht euch.“ Betroffene wurden außerdem beschimpft, oder ihnen wurde signalisiert, dass sie nicht als Teil der Mehrheitsgesellschaft betrachtet werden.

Basierend auf den dem Projekt bekannt gewordenen Vorfällen zeigten sich allerdings auch plattformspezifische Unterschiede: Twitter-Vorfälle wiesen mit 61,3 % einen besonders hohen Anteil an antisemitischem Othering auf. Dabei konnten mit 16,7 % die meisten Twitter-Vorfälle, die einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden konnten, dem Rechtsextremismus/ Rechtspopulismus zugewiesen werden.

Auf Facebook wurden im Vergleich zu den anderen Plattformen prozentual die meisten Vorfälle (37 Vorfälle, 37,8 %) bekannt, die Elemente von modernem Antisemitismus enthalten. Von den 21 Vorfällen, die auf Instagram dokumentiert wurden, wiesen 80,9 % (17 Vorfälle) Inhalte des israelbezogenen Antisemitismus auf.

Die E-Mail ist nach Kommentaren auf Social-Media-Plattformen das am meisten dokumentierte Online-Medium. RIAS Berlin wurden 139 antisemitische E-Mails bekannt, die 2022 bei Institutionen oder Einzelpersonen eingingen, deutlich weniger als 2021 (222 E-Mails). Die E-Mails nehmen häufig Bezug auf tagespolitische Anlässe, oft werden dabei aktuelle Zeitungsartikel verlinkt, oder es wird auf eine Debatte verwiesen. Bei den E-Mails zeigt sich hinsichtlich der politisch-weltanschaulichen Hintergründe eine deutlich andere Verteilung als bei den Vorfällen insgesamt. Personen der politischen Mitte scheinen besonders motiviert, über das Medium E-Mail jüdische oder israelische Institutionen zu kontaktieren, mitunter teilen sie ihre Bewertung von politischen Entwicklungen in Israel oder von Äußerungen jüdischer Organisationen sehr ausführlich mit.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund bei antisemitischen Vorfällen per E-Mail



In einigen Online-Interaktionen (in Social-Media-Kommentaren und E-Mails) tritt der Topos des „Schämens“ auf eine Weise zu Tage, die für bestimmte antisemitische Argumentationsmuster aufschlussreich ist. Zu verschiedensten Themen, zu denen sich jüdische oder israelische Organisationen oder Personen äußern (oder eben nicht äußern) – ein Neonaziaufmarsch, der israelisch-palästinensische Konflikt, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, Antisemitismus, Klimaproteste, Ereignisse im Kunst- und Kulturbereich, die Entschädigung der Opfer des Münchener Olympia-Attentats von 1972 – wird den Organisationen oder Personen mitgeteilt, dass sie „sich schämen sollten“ oder dass ihr Verhalten/ihre Haltung beschämend sei. Dies geht oft mit dem Aufrufen von antisemitischen Stereotypen einher wie der Zuschreibung der Geldgier, der Arroganz oder der Heuchelei, oder es wird grundlegende Abscheu zum Ausdruck gebracht. Auch der Vorwurf des Kindermords, der an die antijudaistische Ritualmordlegende anschließt, wird in Bezug auf die israelische Politik erhoben. Der kontextübergreifenden Aufforderung an jüdische/israelische Organisationen und Einzelpersonen, sich „zu schämen“, scheint eine Entlastungsfunktion im Sinne der Schuldabwehr hinsichtlich der national-sozialistischen Vergangenheit zuzukommen. Anscheinend verschafft es den Autor_innen aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft Entlastung, wenn sie den adressierten Juden_Jüdinnen Fehlverhalten vorwerfen können.

Die Analyse der 483 dokumentierten antisemitischen Vorfälle online – die vermutlich nur einen Bruchteil der tatsächlichen Vorfälle darstellen – verdeutlicht, dass Jüdinnen_Juden soziale Plattformen im Internet nicht nutzen können, ohne sich beständig dem Risiko einer antisemitischen Konfrontation auszusetzen, vor allem, wenn sie sich als jüdisch zu erkennen geben. Die antisemitischen Online-Vorfälle haben jedoch auch Auswirkungen, die über den Raum des Internets hinausreichen. Antisemitische Anfeindungen im Internet können sehr verunsichernd und bedrohlich für die Betroffenen sein. Antisemitismus online ist außerdem oft Ausgangspunkt oder eine Fortsetzung antisemitischer Debatten, die auch offline ausgetragen werden.

BEISPIELE

16. Januar: Eine jüdische Organisation machte in einem Twitter-Beitrag auf einen antisemitischen Vorfall aufmerksam, bei dem die „Ungeimpften“ mit den durch die Nationalsozialisten verfolgten Jüdinnen_Juden gleichgesetzt werden. Darauf erhielt sie u. a. folgenden Kommentar: „Nur mal so als Geschichtsstunde für euch: bei euch hat das damals genau so angefangen. Warum muss euch ein Deutscher darauf hinweisen.“

12. Februar: Eine zivilgesellschaftliche Organisation erhält auf einen Tweet zum Thema Antisemitismus einen antisemitischen Kommentar, in dem Jüdinnen_Juden für Zuwanderung nach Deutschland verantwortlich gemacht werden.

11. April: Unter einem Social-Media-Beitrag zur Ukraine-Hilfe durch jüdische Organisationen erhält eine jüdische Organisation einen antisemitischen Kommentar, der sie für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verantwortlich macht: „Könntet Ihr Euch alles sparen, wenn Ihr nicht die Ukraine in den Krieg gezwungen hättet (...)“.

15. Mai: Eine jüdische Organisation erhält auf einen Social-Media-Betrag zum Thema Antisemitismus einen antisemitischen Kommentar, in dem es unter anderem heißt: „Ihr scheiß Heuchler!! Immer geht's um den ‚armen‘ Juden. Aber daß dieses Pack seit Jahrzehnten Palästinenser abschlachtet ist legitim oder was?“

31. Mai: Eine zivilgesellschaftliche Organisation sowie weitere Organisationen erhielten eine antisemitische und sexistische Massenzuschrift, in der verschwörungsideologische Inhalte mit Bezügen zu Soros, zum Ukraine-Krieg, zur Schoa, zur UN und zu mehreren Politiker_innen geteilt wurden.

22. August: Eine Person erhielt zahlreiche antisemitische Nachrichten. Unter anderem wurden durch Vergleiche mit Massentierhaltung die Schoa bagatellisiert, die Erinnerung an die Schoa abgewehrt sowie Jüdinnen_Juden für Antisemitismus verantwortlich gemacht.

13. September: Eine Person wurde auf Facebook mehrfach als „Judenschwein“ beleidigt.

POST-SCHOA-ANTISEMITISMUS IN BERLIN 2022

402 Vorfälle insgesamt – und damit fast die Hälfte aller 2022 erfassten Vorfälle in Berlin, rund 48 % – wiesen Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus auf. Dabei handelt es sich um Vorfälle, die sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen beziehen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt, Verantwortung für die Aufarbeitung abgewehrt oder wenn versucht wird, die Rollen von Täter_innen und Opfern umzukehren. Seit mehreren Jahren dokumentiert RIAS Berlin stets einen hohen Anteil des Post-Schoa-Antisemitismus in Berlin.⁷ Offenbar handelt es sich nicht bloß um eine Ausnahme allein im Jahr 2022, sondern um eine Konstante innerhalb der verschiedenen Ausdrucksformen des Antisemitismus in Berlin.

In drei Fällen kam es zu Angriffen, die sich alle im Rahmen von Gedenkveranstaltungen im November 2022 ereigneten. In Moabit warf eine Person aus einem der umliegenden Häuser Eier auf die Teilnehmenden einer Demonstration anlässlich des Gedenkens an das Berliner Novemberpogrom 1938. Zudem kam es auf derselben Versammlung zu einem Angriff auf eine Person, die eine Israel-Flagge trug, und der ein Mann versuchte, die Flagge zu entreißen. In Lichtenberg griff am 19. November am Rande einer Stolpersteinverlegung ein Passant eine teilnehmende Person an. Im Vorbeilaufen hatte der Mann „Free Palestine“ gerufen. In der darauffolgenden Auseinandersetzung wurde er aggressiv und handgreiflich gegenüber einer an der Verlegung beteiligten Person. Nachdem der Mann darauf hingewiesen wurde, dass die Veranstaltung nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun habe, antwortete er, dass er dadurch aber an den Konflikt erinnert worden sei; dann entfernte er sich von dem Ort. In weiteren Fällen des Post-Schoa-Antisemitismus kam es zu vier konkreten Androhungen von Gewalt. Auch 17 der insgesamt 31 gezielten Sachbeschädigungen wurden dem Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet, womit der Anteil dieses Vorfalltyps an der Gesamtzahl antisemitischer Vorfälle besonders hoch ist. Bei diesen Vorfällen handelte es sich 2022 um Beschädigungen von Orten und Zeichen des Gedenkens wie Mahnmalen, Stolpersteinen oder Gedenktafeln. Sichtbare Zeichen der Erinnerung an die Opfer der Schoa sind in Berlin immer wieder Ziel von Angriffen. In der angefügten Vorfallsammlung sind einige Beispiele aufgeführt. Außerdem erfasste RIAS Berlin 363 Fälle verletzenden Verhaltens, die einen Bezug zum Post-Schoa Antisemitismus aufwiesen: Anfeindungen von Angesicht zu Angesicht und online, Schmierereien, aber auch im Rahmen von 20 der insgesamt 36 Versammlungen, auf denen antisemitische Äußerungen dokumentiert wurden. 12 dieser Versammlungen fanden im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie statt und richteten sich gegen

⁷ 2021 lag der Anteil des Post-Schoa-Antisemitismus bei 47,1 %, 2020 bei 40,9 %, 2019 bei 45,7 % und 2018 bei 52 %.

die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Auf diesen Versammlungen wurde die spezifische Funktion von Bezügen auf die Schoa für politische Auseinandersetzungen deutlich: Sie dienen der Selbstviktimisierung derjenigen, die sich auf diese Weise äußern, sie führen häufig zu Täter-Opfer-Umkehrungen und sorgen durch Analogien mit den nationalsozialistischen Verbrechen für deren Verharmlosung.

Antisemitische Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus wurden 2022 auch von Angesicht zu Angesicht geäußert, wie folgendes Beispiel illustriert. Am 4. Januar pöbelte ein Mann seinen jüdischen Nachbarn an. Der Betroffene war dabei, seinen Keller auszuräumen, als ein Nachbar ihm sagte: „Arbeit macht frei.“ Der Betroffene, dessen jüdische Herkunft dem Täter lange bekannt war, kritisierte diese Äußerung und forderte ihn auf, sie in Zukunft zu unterlassen. Der Täter tat den Betroffenen als „zu empfindlich“ ab und weigerte sich, sich zu entschuldigen. 31 solcher Vorfälle, in denen Personen unmittelbar mit Anfeindungen oder antisemitischen Äußerungen des Post-Schoa-Antisemitismus konfrontiert waren, dokumentierte RIAS Berlin im Jahr 2022.

Insgesamt richteten sich 2022 56 Vorfälle des Post-Schoa-Antisemitismus gegen insgesamt 81 Einzelpersonen. 55 von ihnen waren jüdisch, israelisch oder wurden als solche adressiert. 21 der 56 Vorfälle ereigneten sich online. In einem Fall traten am 23. März Unbekannte einer Chatgruppe für jüdische Geflüchtete aus der Ukraine und deren Unterstützer_innen bei und teilten massenhaft antisemitische Posts. Sie veröffentlichten nationalsozialistische Fotos und Videos sowie antisemitische NS-Karikaturen und Bilder in der Chatgruppe. Auch über Direktnachrichten und Kommentare in den Sozialen Medien und per Mail erreichten Jüdinnen_Juden Verherrlichungen der Schoa und Vernichtungsvorstellungen. Am 8. August wurde eine jüdische Frau unter einem Post eines öffentlich-rechtlichen Sendeformats auf Instagram in mehreren antisemitischen Kommentaren eines Users adressiert. Sie hatte sich für eine differenzierte Berichterstattung zum Thema Israel bedankt, woraufhin ein User ihr entgegnete, dass „der Typ mit dem Schnäuzerchen“ alles richtig gemacht habe, so „dreist und unverschämt“ wie Jüdinnen_Juden („ihr“) seien. Außerdem wurde sie unter anderem als „Ratte“ beschimpft. In 54 % aller Vorfälle des Post-Schoa-Antisemitismus waren außerdem Institutionen von Formen des Post-Schoa-Antisemitismus betroffen (218 Vorfälle), rund 86 % dieser Organisationen waren jüdisch, israelisch oder wurden als solche adressiert (188 Vorfälle). Sie wurden fast ausschließlich, nämlich in 89 % der 218 Vorfälle, online angefeindet (→ siehe S. 39).

- ◀ Online, 8. August: Eine jüdische Nutzerin erhielt mehrere antisemitische Beleidigungen auf einen Kommentar von ihr.

Der Post-Schoa-Antisemitismus trat in Berlin darüber hinaus im Zusammenhang mit antisemitischen Gelegenheitsstrukturen auf. In 86 % der insgesamt 141 Vorfälle, die 2022 einen Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung aufwiesen, äußerten sich die Personen antisemitisch im Sinne des Post-Schoa-Antisemitismus. Es handelte sich dabei überwiegend um Aussagen wie „Damals die Juden, heute die Ungeimpften“ und „Impfen macht frei“. Sie wurden besonders häufig als Schmierereien im Berliner Straßenbild gesichtet (→ siehe S. 48/49) oder auf Versammlungen getätigt. Anders als die antisemitischen Verschwörungsmythen oder das Tragen von gelben Sternen, das nach starker öffentlicher Kritik mittlerweile auch strafrechtlich verfolgt wird, haben sich die zitierten Aussagen zum festen Sprachgebrauch von Impfgegner_innen entwickelt; die Grenzen des Sagbaren haben sich anscheinend im Zuge der COVID-19-Pandemie verschoben und Bagatellisierungen der Schoa sowie antisemitische Selbstviktimsierungen zunehmend normalisiert. In räumlicher Nähe der oben genannten Schmierereien erschienen seit 2022 regelmäßig Schmiereereien, die ähnliche Schoa-Relativierungen enthalten, wie etwa „Ohne Bargeld ist Auschwitz auf Abruf“ oder „Bargeldlos nach Auschwitz“. Solche Topoi wurden als Schmierereien ca. 70-mal aus verschiedenen Berliner Bezirken bekannt.

Auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wurde zum Anlass genommen, sich antisemitisch zu äußern. 40 der insgesamt 76 Vorfälle mit Bezug zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sind dem Post-Schoa-Antisemitismus zuzuordnen. Die Zuordnung erfolgte bereits, wenn es im Zusammenhang mit der Thematisierung des Ukraine-Kriegs zu einer antisemitischen Beleidigung kam. RIAS Berlin registrierte auch Vorfälle, in denen von Jüdinnen_Juden oder Israel ein bestimmtes Verhalten als Konsequenz aus der Schoa erwartet wurde, wobei die formulierten Erwartungen gegensätzlich waren. Zum einen wurde zum Beispiel Dankbarkeit gegenüber Russland erwartet und kritisiert, dass Jüdinnen_Juden sich ukrain-solidarisch positionierten, wie in einem Kommentar unter dem Post einer jüdischen Organisation zum Ausdruck kommt: „Als Dankeschön für die Befreiung hetzen viele westliche Juden jetzt zum Krieg gegen die Russen (Befreier) auf.“ Und zum anderen wurden Juden_Jüdinnen bzw. Israelis umgekehrt für fehlende Unterstützung der Ukraine kritisiert, etwa dafür, keine Waffen an die Ukraine zu liefern. In einer Mail an eine israelische Einrichtung vom 04. November kommentierte der Absender wie folgt: „(...) ich bin empört, dass Sie Hilfe für die Ukrainer verweigern. Gerade Sie und Ihr Volk müssten doch wissen, was es heißt ungerechter Gewalt hilflos ausgesetzt zu sein. Ihr Verhalten ist asozial.“

Post-Schoa-Antisemitismus wird in allen politisch-weltanschaulichen Spektren artikuliert. Bei einem Anteil von 54 % dieser Vorfälle konnte der politisch-weltanschauliche Hintergrund des Vorfalls bestimmt werden. 23 % aller Vorfälle des Post-Schoa-Antisemitismus hatten einen verschwörungsideologischen Hintergrund (90 Vorfälle). Der Anteil der Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung ist dabei höher als bei den anderen politisch-weltanschaulichen Hintergründen: Rund 52 % der verschwörungsideologischen Vorfälle weisen einen solchen Bezug auf (47 Vorfälle). Rund 17 % der Vorfälle des Post-Schoa-Antisemitismus stammten aus dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum (66 Vorfälle). Auch aus dem Spektrum des anti-israelischen Aktivismus wurde die Schoa bagatellisiert, für politische Argumentationen instrumentalisiert, oder Jüdinnen_Juden wurde unterstellt, sich an der Erinnerung an die Schoa politisch oder finanziell zu bereichern. In einem Social-Media-Kommentar unter dem Post einer jüdischen Organisation schrieb ein User: „Die völkischen #zioNaZis fahren gerne nach Auschwitz; damit und mit YadVashem machen sie politische Werbung und Mrd-fundraising.“

Die in Zusammenhang mit aktuellen Debatten angepassten Stereotype und sprachlichen Muster des Post-Schoa-Antisemitismus sind vielfältig und beziehen sich auf gesellschaftlich tradierte Formen des Umgangs mit der Schoa und der Erinnerung. Daran zeigt sich einerseits die Anpassungsfähigkeit dieser Erscheinungsform des Antisemitismus, zugleich aber auch die gesamtgesellschaftliche Dimension des Phänomens der Erinnerungsabwehr.

Post-Schoa Schmierereien



Damals die Juden,
heute die Ungeimpften



Impfen macht frei

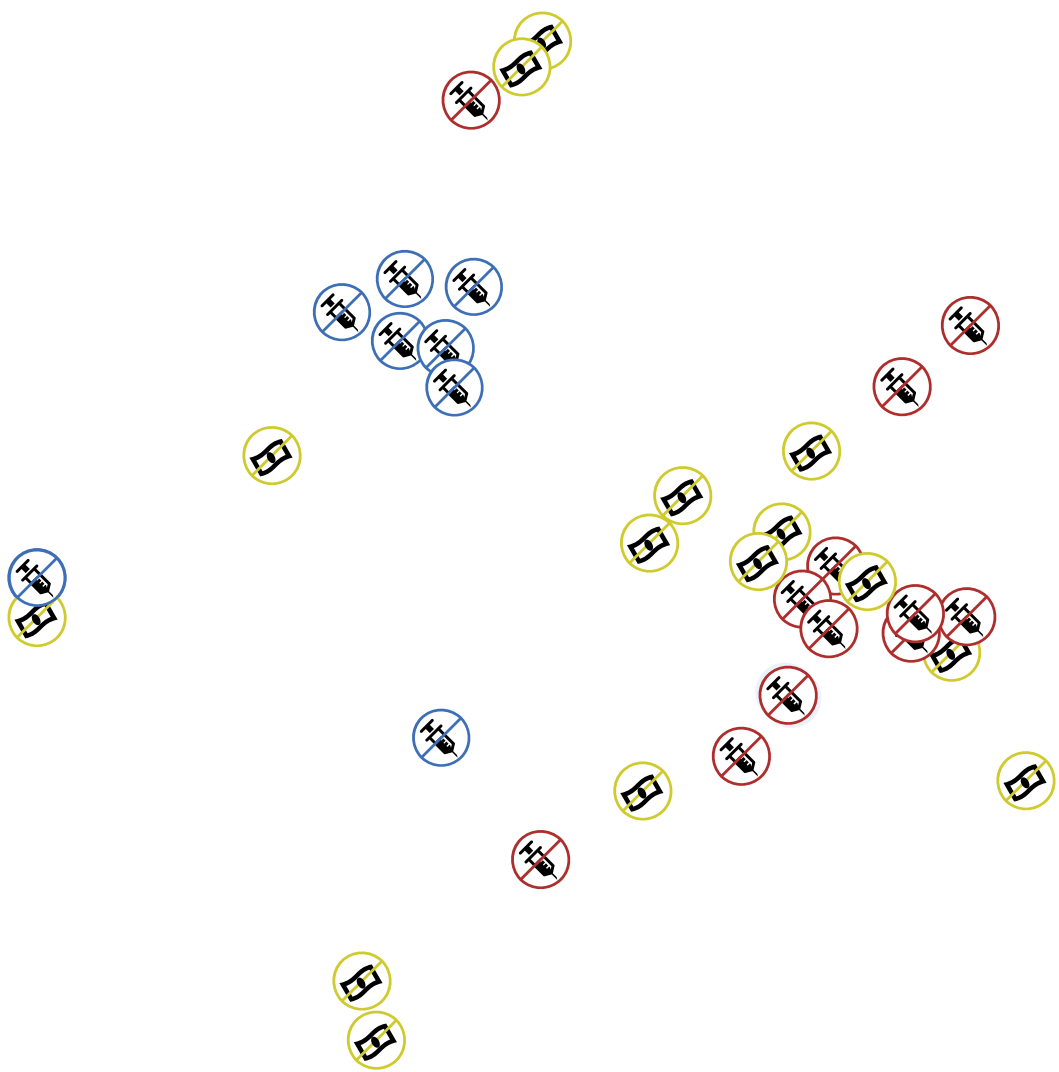


Ohne Bargeld geht's
nach Auschwitz



Hier die Karte mit
detaillierteren Informationen
abrufen.





ANGRIFFE AUF DAS GEDENKEN

47% der RIAS Berlin bekannten Vorfälle weisen Elemente des Post-Schoa-Antisemitismus auf. Darunter fallen auch Störungen des Gedenkens an die Schoa. Diese Angriffe auf die Erinnerung können verschiedene Formen annehmen, häufig handelt es sich um Sachbeschädigungen, bei denen Gedenkorte und Gedenkzeichen, wie z. B. Stolpersteine, die an in der Schoa ermordete Personen erinnern, beschädigt oder beschmiert werden. Werden die Namen auf den Steinen unleserlich gemacht, wird damit auch das Gedenken an die Person angegriffen. Eine Störung des Gedenkens ist es auch dann, wenn z. B. Personen auf Gedenkveranstaltungen angegriffen oder beschimpft werden. Die Angriffe auf die Erinnerung ereignen sich zudem aus unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen Spektren.

Spandau, 5. Januar: Es wurde entdeckt, dass die Scheiben der Infosteile des Mahnmals für die zerstörte Spandauer Synagoge und die Spandauer Opfer der Schoa beschädigt worden waren, mutmaßlich durch Steinwürfe.



Spandau, 21. Mai: Eine Gedenktafel für den Spandauer Rabbiner Arthur Löwenstamm, die an seinem ehemaligen Wohnhaus angebracht ist, wurde mit weißer Farbe beschmiert und unleserlich gemacht. An dem Wohnhaus wurde zudem die Zahl „146“ gesprüht. Dabei könnte es sich um den rechtsextremen Code „Auf den Führer“ handeln.





Mitte, 22. Oktober: In der Rosenthaler Straße wurden die Stolpersteine für Cilly und Josef Zollmann mit lila Farbe beschmiert.



Wedding, 3. November: Der Stolperstein, der in der Barfusstraße an Kiwe Wild erinnert, wurde massiv beschädigt.



Friedrichshain, 3. August: Zwei Stolpersteine in der Samariterstraße wurden mit einer weißen Flüssigkeit übergossen. Es handelt sich um die Stolpersteine für Sophie Levy und Pauline Scholz.

Schöneberg, 9. Juni: Bei einer Versammlung an der Gedenkstele „Die Orte des Schreckens“ am Richard-von-Weizsäcker-Platz zeigten „Impfgegner_innen“ mehrere die Schoa bagatellisierende Plakate. Die Plakate setzten die Impfungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie mit dem massenhaften Morden in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern gleich, an das an dem Gedenkort erinnert wird.

Mitte, 3. November: Ein Stolperstein in Wedding in Gedenken an Kiwe Wild wurde massiv beschädigt. Die Beschädigungen des Stolpersteins weisen auf eine Bohrmaschine hin. Durch die starke Beschädigung wurde teilweise auch der Name der Person, an die der Stolperstein erinnern soll, unkenntlich gemacht.

Moabit, 9. November: Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestags der Novemberpogrome berichteten die Veranstalter_innen von einer Reihe antisemitischer Vorfälle. Unter anderem wurden die Teilnehmer_innen antisemitisch beleidigt, das Gedenken gezielt gestört und Vernichtungsphantasien geäußert. Auch wurde aus einem Balkon ein Ei auf die Versammlung geworfen.

Köpenick, 10. November: Ein Pfarrer entdeckte, dass der Blumenkranz, den die evangelischen Kirchen Köpenick am 9. November zum Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 am Ort der ehemaligen Synagoge in Alt-Köpenick gelegt hatten, angezündet und beschädigt worden war.

Lichtenberg, 19. November: Während der Verlegung zweier Stolpersteine für Opfer der Schoa rief ein Passant „Free Palestine“. In der darauffolgenden Auseinandersetzung wurde er aggressiv und handgreiflich gegenüber einer an der Verlegung beteiligten Person. Nachdem der Mann darauf hingewiesen wurde, dass die Veranstaltung nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun habe, antwortete er, dass er dadurch aber an den Konflikt erinnert worden sei.

Kreuzberg, 9. Juni: In der Dieffenbachstraße wurden Stolpersteine wiederholt mit schwarzer Farbe besprüht und die Namen unkenntlich gemacht. Die Steine erinnern an Rolf Brandt, Oskar und Anna Kaufmann, Bella Niessenbaum, Ilona Salzmann und Max Katz.



- ◀ Moabit, 30. August: „Fuck Israel“ und Verschwörungsvorstellungen auf Arabisch auf dem Mahnmal an der Pulitzbrücke. Der Gedenkort ist regelmäßig Ziel antisemitischer Schmierereien.

BEISPIELE

Extreme Gewalt

Als extreme Gewalt werden physische Angriffe oder Anschläge gewertet, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu der Kategorie gehören auch Fälle von Kidnapping, Messerangriffen oder Schüssen.

Spandau, 16. November: Zwei Personen wurden von einer Gruppe aus 5 – 10 Personen angegriffen. Sie warfen den Betroffenen vor, „Free Israel“ gerufen zu haben und attackierten sie mit Baseballschlägern, Messern und Pfefferspray. Erst als Zeugen auf den Angriff aufmerksam wurden, ließ die Gruppe von den beiden ab. Beide Betroffenen wurden im Krankenhaus behandelt, einer der beiden musste sogar stationär verbleiben.

Angriffe

Als Angriff wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine schweren körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steinen, Flaschen etc.) gewertet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.

Mitte, 22. Februar: Ein älterer Mann spuckte eine Frau an, die eine Straße in Mitte entlangging und einen Beutel mit einem Davidstern trug.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 7. März: Eine israelische Touristin unterhielt sich beim Einkaufen mit ihrem Mann auf Hebräisch. Als sie kurz stehenblieb, schlug eine Person ihr wortlos ins Gesicht und entfernte sich rasch. Die Betroffene alarmierte die Polizei und benötigte Versorgung durch Sanitäter_innen. Sie erlitt durch den Angriff einen Nasenbeinbruch.

Pankow, 10. März: In einem Hostel im Prenzlauer Berg griff ein Mann einen Touristen, der ein jüdisches Symbol am Körper trug, auf dem Weg ins Gemeinschaftsbadezimmer an. Der Angreifer fragte wiederholt auf Arabisch, ob der Betroffene Jude sei. Er schlug ihm die Kippa vom Kopf und trat auf ihr herum. Dann packte er ihn am Nacken, begann ihn zu schlagen und verlangte, dass er „Free Palestine“ sage – dabei versuchte er, den Betroffenen mit dem Handy zu filmen. Dieser konnte sich schließlich befreien und das Hostelpersonal bitten, die Polizei zu rufen.

Mitte, 6. August: Ein an einer Ampel wartender Radfahrer, der eine Kippa trug, wurde von einer unbekannten Person bedrängt, bedroht und beleidigt. Zudem wurde ihm die Kippa entrissen. Der Betroffene konnte sich durch die Hilfe einer dritten Person in Sicherheit bringen.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 13. September: In der Ringbahn wurde ein Passagier antisemitisch beleidigt. Als der Betroffene sich verbal wehrte, packte ihn der Unbekannte am Arm. Als er versuchte, sich auch dagegen zu wehren, kam eine weitere Person hinzu und schlug gemeinsam mit dem ersten Angreifer gegen Kopf und Oberkörper des Betroffenen. Erst als ein weiterer Fahrgast dazwischen ging, konnte der Betroffene aussteigen und sich in Sicherheit bringen.

Tempelhof-Schöneberg, 13. September: In Mariendorf wurde ein Mann, der auf dem Gehweg unterwegs war und dabei auf Hebräisch telefonierte, beleidigt und angerempelt.

Mitte, 9. November: Während einer Gekendemonstration anlässlich des 9. Novembers warf eine Person aus einem umliegenden Haus Eier auf die Teilnehmer_innen.

Gezielte Sachbeschädigungen

Als gezielte Sachbeschädigungen werden antisemitische Graffiti oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen oder als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkorten gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 2. Januar:

In Berlin-Wilmersdorf wurde eine Gedenktafel zu Stolpersteinen in Erinnerung an die Deportation von Jüdinnen_Juden mit dem Schriftzug „Fake #News“ beschädigt.

Pankow, 12. März: Eine Gedenk- und Infotafel, die an die Opfer eines der frühen Berliner Konzentrationslager erinnert, das sich von März bis Juni 1933 auf dem Wasserturmgelände befand, wurde an der Textstelle beschädigt, in der es um Jüdinnen_Juden geht.



Charlottenburg-Wilmersdorf, 22. März:

Ein Nachbar riss die Mesusa von der Tür seiner jüdischen Nachbarin ab. Es war bereits das zweite Mal, dass die Mesusa von ihrer Tür abgerissen wurde, zudem hatte er bereits einmal ihr Namensschild entfernt.

Marzahn-Hellersdorf, 18. August: Ein Mann pöbelte lautstark vor der Gedenkstele für Dorothee und Harald Poelchau und bespuckte und beschädigte sie mit einem scharfen Gegenstand. Der Mann verbreitete Verschwörungsmythen, die Juden für steigende Preise verantwortlich machten und ihnen vorwarf, alle Deutschen mit einem Gift-Impfstoff töten zu wollen. Des Weiteren äußerte er, dass man alle Juden töten müsse.

Tempelhof-Schöneberg, 19. November:

Der Eingangsbereich einer Synagoge wurde in der Tatnacht mit Unrat verdeckt und die Türklingel beschädigt. In dem Unrat wurde eine Mesusa entdeckt, die an der Haustür abgerissen worden war, allerdings fehlte das darin befindliche Schriftstück.

Friedrichshain-Kreuzberg, 30. Dezember:

Eine am Frankfurter Tor aufgestellte Chanukkia wurde beschädigt, indem einer der Arme des Leuchters verbogen wurde.

Bedrohungen

Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Gegenstände. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

Tempelhof-Schöneberg, 29. Januar:

Ein Mann, der eine Kippa trug, saß mit Kopfhörern in der S-Bahn und wurde auf zwei Jugendliche aufmerksam, die sich ihm mit jeder Station näherten und ihn hämisch anlächelten. Er drehte die Musik leiser und merkte, dass sie darüber diskutierten, ob er jüdisch sei. Als er ausstieg, folgten ihm die beiden und blockierten ihm auf einer Treppe den Weg. Nachdem der Mann sich vorbeidrängen konnte, schrien sie ihm „Jude, Jude, dreckiger Jude!“ hinterher. Andere Anwesende beobachteten den Vorfall verwundert, intervenierten jedoch nicht.

Mitte, 21. April: Ein Teilnehmer einer Solidaritätskundgebung für die Ukraine wurde antisemitisch beleidigt und bedroht. Der Betroffene trug neben einer Ukraine- auch eine Israel-Flagge bei sich. Ein Passant pöbelte ihn mit „Ihr scheiß Satanisten“ und „Israel Satanisten, ihr Fake Juden“ an. Als der Betroffene ihn zum Gehen aufforderte und den antisemitischen Aussagen widersprach, drohte ihm der Mann. Ein weiterer Teilnehmer informierte die Polizei.

Neukölln, 29. Mai:

Zwei Männer näherten sich einer als jüdisch erkennbaren Person, sprangen aggressiv auf sie zu, als ob sie angreifen würden, und schrien ihr „Jude!“ ins Gesicht. Als sie merkten, dass die betroffene Person Angst bekam, zwinkerten sie ihr zu und entfernten sich.

Neukölln, 21. Dezember: Ein Mann, der eine Kippa trug, verließ eine Bar und ging die Straße entlang. Eine unbekannte Person in Begleitung einer weiteren Person beleidigte und bedrohte den Mann unvermittelt. Als der Mann zum Handy griff, entfernten sich die beiden Personen.

Verletzendes Verhalten

Die Kategorie verletzendes Verhalten umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.

- ▼ **Treptow-Köpenick, 23. Januar:** An der Wand auf der Rückseite eines Kinos in Alt-Treptow wurde die Schmiererei „Juden vergasen“ entdeckt.
- Steglitz-Zehlendorf, 7. Februar:** Ein Nachbar äußerte gegenüber einer jüdischen Frau antisemitische Verschwörungsmythen. Die Frau unterhielt sich im Hausflur mit Nachbar_innen über die COVID-19-Pandemie und über die Armut, die dadurch vielen Menschen drohe. Unvermittelt drehte sich ein Nachbar, der wusste, dass die Frau jüdisch ist, um und suggerierte in seinem Kommentar, dass die deutsche Politik von Israel bestimmt werde.

Friedrichshain-Kreuzberg, 19. Februar:

Eine Person wurde in Friedrichshain von einem Passanten antisemitisch beleidigt. Dieser reagierte aggressiv auf einen Jutebeutel mit der Aufschrift „Zionist“. Er schrie mehrmals „Yahud!“ und „Free Palestine!“ und forderte die Person und ihre Begleitung auf, die Tora „mal richtig“ zu lesen.

Tempelhof-Schöneberg, 12. März:

Am Breslauer Platz wurden vier Aufkleber von einem rechtsextremen Versand mit einem antisemitischen Motiv entdeckt. Die Aufkleber zeigten einen durchgestrichenen Davidstern, zu den Aufklebern wurde noch „Fuck you Israel“ geschrieben.

Online, 23. März:

Unbekannte Personen teilten in einer Chatgruppe eines Instant-Messaging-Dienstes über hundert antisemitische und die Schoa und den Nationalsozialismus bagatellisierende Nachrichten. Die Chatgruppe war für jüdische Geflüchtete aus der Ukraine und Unterstützer_innen eingerichtet worden. Die Personen teilten außerdem nationalsozialistische Fotos und Videos sowie antisemitische Karikaturen und Bilder, die Vernichtungsfantasien ausdrückten.

Mitte, 4. April: Ein Mann pöbelte seinen jüdischen Nachbarn an. Der Betroffene war dabei, seinen Keller auszuräumen, als ein Nachbar zu ihm sagte: „Arbeit macht frei.“ Der Betroffene, dessen jüdische Herkunft dem Mann bekannt war, kritisierte

diese Äußerung und forderte ihn auf, sie in Zukunft zu unterlassen. Der Mann tat den Betroffenen als „zu empfindlich“ ab und verweigerte eine Entschuldigung.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 23. Mai:

In Charlottenburg brüllte ein Mann von einem Balkon aus antisemitische Parolen und verbreitete Verschwörungsmymen. Dabei war er in der gesamten Nachbarschaft zu hören. Unter anderem bezeichnete er jüdische Personen als „Parasiten“ und behauptete, der Impfstoff gegen COVID-19 sei ein „Giftmittel (...) von den Juden“.

Steglitz-Zehlendorf, 28. Juni:

Am S-Bahnhof Rathaus Steglitz wurde auf ein Bild, auf dem Züge abgebildet sind, der Satz „ohne Bargeld ist Auschwitz auf Abruf“ geschrieben.

Online, 15. Juni: Eine jüdische Organisation erhielt unter einem Video-Beitrag auf Social Media einen antisemitischen Kommentar, in dem Jüdinnen und Juden als „geldgierig“ charakterisiert wurden.

Pankow, 15. August: Ein Taxi-Fahrer erklärte gegenüber einem jüdischen Fahrgast, vom Ukraine-Konflikt profitierten nur die Amerikaner und Israelis, weil es nur um „Macht und Geld“ ginge. Außerdem behauptete er, Israelis besäßen „60 %“ von Berlin.

- ◀ Wedding, 16. August: Die Zahl „27027 km²“ neben dem Schriftzug „Free Palestine“ steht für den Anspruch, dass das palästinensische Gebiet die gesamte Fläche des Staates Israel umfassen soll.

Pankow, 9. September: Eine Frau lief in Begleitung von zwei Freundinnen eine Straße im Prenzlauer Berg entlang. Ein Mann kam ihnen entgegen. Auf einmal fing er aggressiv laut zu schreien an: „Schau nach vorne, scheiß Jude... Man hätte euch alle vergasen sollen.“ Die Frau und ihre Freundinnen waren schockiert. Die Frau vermutete, dass der Mann sie an ihrer Kette als jüdisch erkannt habe.

Mitte, 17. September: Auf dem „Marsch für das Leben“, einer jährlich stattfindenden Versammlung christlicher Fundamentalist_innen und Abtreibungsgegner_innen, trug ein Teilnehmer ein selbstgemaltes T-Shirt mit der Aufschrift „Babycaust“.

Charlottenburg-Wilmersdorf,

8. Oktober: Einer jüdischen Familie, die aus einer Synagoge kam, wurde von zwei Personen auf einem Roller „Juden“ zugerufen und beim nochmaligen Vorbeifahren der Hitlergruß gezeigt.

- ◀ **Mitte, 21. November:** Am Treppenaufgang zur Putlitzbrücke wurde eine Schoa bagatellisierende Schmiererei auf einem Plakat zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus entdeckt. Auf dem Plakat steht der Spruch: „Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen.“ Dazu wurde geschmiert: „zBsp [sic] durch ‚Corona‘ und Deppen, die 1:1 nicht zusammenzählen können, weil sie denken, dass es 5 ergibt!“

Charlottenburg-Wilmersdorf,

7. Dezember: In einem Linienbus kam es im Rahmen einer Auseinandersetzung zwischen zwei Fahrgästen zu rassistischen, antiziganistischen und antisemitischen Äußerungen. Eine unbeteiligte Person versuchte, die Auseinandersetzung zu beruhigen. Als die Person sich in diesem Zuge als jüdisch zu erkennen gab, wurde ihr unter anderem gesagt, ihr Volk gehöre „ausgerottet“.

Neukölln, 18. Dezember: In einem Hausflur wurden NS-verherrlichende, antisemitische und rassistische Schmierereien entdeckt. Neben mehreren Hakenkreuzen wurde „Fuck Jews“ an die Wand geschmiert und eine rassistische Karikatur gemalt.

BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Gestalt, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zu treffen. Antisemitische Straftaten und Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, werden ebenfalls nach den verschiedenen Vorfalltypen systematisiert.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Berlin an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert.⁸ Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.⁹ Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.¹⁰

RIAS Berlin analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien: Vorfalltypen, Gruppen von Betroffenen, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschauliche Hintergründe.

8 Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Arbeitsweisen. <https://report-antisemitism.de/rias-berlin> (Zugriff am 07.10.2021).

9 Ebd.

10 Vgl. Natan Sharansky, 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: Jewish Political Studies Review 16 (2004) 3–4. <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/> (Zugriff am 07.10.2021).

Vorfalltypen

RIAS Berlin unterscheidet je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese Typen wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und später von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – dies geschieht meistens online.

RIAS Berlin dokumentiert zudem auch Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring bezieht sich jedes Jahr auf zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall vom Typ verletzendes Verhalten registriert. Kommt es bei oder am Rand einer Versammlung zu Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils einzeln als zusätzlicher antisemitischer Vorfall registriert.

Betroffene

RIAS Berlin unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen_Juden und Israelis können von Antisemitismus auch Einzelpersonen betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist_innen oder Politiker_innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen Institutionen handelt es sich zum einen um religiöse oder weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen. Zum anderen können auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie als jüdisch wahrgenommene bzw. adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als eine Betroffene.

Nicht zuletzt gibt es auch Vorfälle, denen RIAS Berlin keine direkten Betroffenen zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im antijudaistischen Antisemitismus werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, so wird dies dem modernen Antisemitismus zugerechnet. Post-Schoa-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. Israelbezogener Antisemitismus liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher ist als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Berlin klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalls oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung ist nicht immer möglich und erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Weil solche Informationen oft fehlen, werden viele antisemitische Vorfälle keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS Berlin sieben politisch-weltanschauliche Hintergründe. Hier ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als rechtsextrem/rechtspopulistisch werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft.

Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Dieser bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Der Rechtspopulismus fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die auf eine scharfe Abgrenzung zu (vermeintlichen) politischen Eliten zielt, sich aber zugleich zumindest formal auch von rechtsextremen Positionen und Akteur_innen abgrenzt.¹¹

Als links/antiimperialistisch werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik.

11 Für eine ausführlichere, an den Politologen Hans-Gerd Jaschke angelehnte Definition des Begriffs Rechtsextremismus siehe Bundesverband Mobile Beratung (BMB), Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze, hier S. 16. https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsaeetze_DinA5_web.pdf (Zugriff am 02.04.2021).

Unter christlich/christlicher Fundamentalismus werden antisemitische Vorfälle erfasst, so die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums), bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als islamisch/islamistisch werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

Einem verschwörungsideologischen Milieu werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmymen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Auch für das Milieu des antiisraelischen Aktivismus gilt, dass es teilweise nicht eindeutig politisch zugeordnet werden kann: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der politischen Mitte werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

MELDESTELLE FÜR ANTISEMITISCHE Vorfälle

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) wurde 2015 als bundesweit erste zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für Betroffene und Zeug_innen von antisemitischen Vorfällen ins Leben gerufen. Seitdem hat RIAS Berlin ein stadtweites Meldenetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut.

Bei Bedarf vermittelt RIAS Berlin professionelle Beratungsangebote für Betroffene, deren Angehörige oder Zeug_innen von Antisemitismus und macht die Perspektiven der Betroffenen sichtbar.

Die dem Projekt bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle werden systematisch dokumentiert und ausgewertet. Die erhobenen Daten und Analysen veröffentlicht das Projekt halbjährlich in dem Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ und erstellt so das umfassendste Lagebild über den Antisemitismus in Berlin.

Das Projekt sensibilisiert auf diese Weise Öffentlichkeit, Politik, Justiz und Polizei für aktuelle Erscheinungsformen und Betroffenenperspektiven und schafft konkrete Ansatzpunkte für zivilgesellschaftliches solidarisches Handeln.

Antisemitische Vorfälle können jederzeit unter www.report-antisemitism.de gemeldet werden.



Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

RIAS Berlin ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. und orientiert sich an den dort formulierten Qualitätsanforderungen.

UNSERE ANGEBOTE

Vertrauensvolle Annahme anonymer
Meldungen antisemitischer Vorfälle

Vermittlung von weitergehenden
Unterstützungsangeboten
(juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenen- und
Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Kontaktstelle für Polizei bei
Anzeigenstellung
(„Kleiner Zeugenschutz“)

Unterstützung bei öffentlicher
Kommunikation der Erfahrungen

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen
antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite **www.report-antisemitism.de**
oder die Mobilnummer **0152 / 13 36 21 98** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

twitter.com/Report_Antisem

instagram.com/rias.berlin

RIAS Berlin ist ein Projekt des

vdK

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

gefördert von

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**